

Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung
Reihe Gesellschaftspolitisches Forum – 2006

Berichte zu den Gesellschaftspolitischen Foren 2005-2006

**... neue Wege, neue Koalitionen,
neue Fragen**

**Herausforderungen und Perspektiven gesellschaftlicher
Entwicklung in der aktuellen Diskussion**

Kooperation von Rosa-Luxemburg-Stiftung, WISSENTransfer, der Redaktion
der Zeitschrift Sozialismus und weiterer

3. Auflage
Foren 1-6

rls



Rosa-Luxemburg-Stiftung –Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.
Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin
Kontakt: Dr. Lutz Brangsch, Bereich Politische Bildung
Tel. 030 44310 221 Fax 030 44310 222
brangsch@rosalux.de
<http://soziales.rosalux.de>
Stand 21.02.06

Inhalt

Inhalt.....	3
Was sind die Gesellschaftspolitischen Foren?.....	4
Das 1. Forum: Neuerfindung des Sozialstaates.....	5
Das 2. Forum (1. Teil): Entwicklungsmöglichkeiten und Gefährdungen – das Projekt einer „Pluralen Linken“ – Anforderungen an die Linkspartei.....	13
Das 2. Forum (2. Teil): Linkspartei: Feministisch oder nicht links? Anforderungen aus feministischer und frauenpolitischer Sicht.....	15
Das 3. Forum: Demokratischer Sozialismus oder Warum bzw. ob es sich lohnt, um Begriffe zu streiten.....	21
Das 4. Forum: In der Stagnationsfalle Perspektiven kapitalistischer Entwicklung	30
Das 5. Forum: Linker Parlamentarismus und außerparlamentarische Bewegung	36
Das 6. Forum: Selbstbewusste Modernisierer und der Optimismus der Straße - Was bringen Regierungsbeteiligungen der Linken? Auf jeden Fall viel Diskussionsstoff	40
Beteiligung klingt wie Mittäterschaft.....	40
»Veränderung beginnt mit Opposition«	41
Realos, Fundis, Reformer, Revoluzzer	43
Haushaltssanierung durch Demonstrieren?.....	43
Index	45

Was sind die Gesellschaftspolitischen Foren?

Nach Bundestagswahlen, Agenda 2010 und Hartz IV wird die neue Bundesregierung weitere strategische Weichenstellungen auf den verschiedensten Gebieten vornehmen müssen. Mit den Anti-Hartz-Protesten im Herbst des vergangenen Jahres und den Diskussionen um das Verhältnis von Linkspartei, WASG und parteienkritischer Linke sind auch auf der Gegenseite erstmals seit vielen Jahren neue Handlungsspielräume eröffnet worden. Diese neuen Bedingungen und die damit verbundenen Herausforderungen sollen in der Reihe „Gesellschaftspolitisches Forum“ diskutiert werden. Ausgehend von einer Analyse jüngster Entwicklungen auf relevanten Politikfeldern sollen in diesem Rahmen bestehende politische Konzepte einer Kritik unterzogen und neue Ansätze für die Auseinandersetzung mit den zu erwartenden Strategien der neuen Bundesregierung entwickelt werden. VertreterInnen aus der Breite der linken Strömungen sollen hier ein Forum finden, um ihre Sichten darzulegen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten und Berührungspunkte für gemeinsames Handeln zu finden.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung bietet diese Veranstaltungsreihe in den nächsten Monaten in Kooperation mit WISSENTTransfer, der Redaktion der Zeitschrift Sozialismus und weiteren Partnern, so vor allem auch mit den im Stiftungsverband der Rosa-Luxemburg-Stiftung mitarbeitenden Vereinen und Clubs, an. Die auf den einzelnen Foren gehaltenen Beiträge sind, soweit sie uns schriftlich übergeben wurden, auf der Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter dem Stichwort „Gesellschaftspolitische Foren – Perspektiven der Linken“ dokumentiert.

Das 1. Forum: Neuerfindung des Sozialstaates

Kurz nach der Bundestagswahl diskutierten am 8.10. knapp 100 TeilnehmerInnen in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin Fragen der Zukunft des Sozialen. Zeitgleich mit den Strategiegesprächen der Großen Koalition ging es um die Frage, welches die Eckpunkte und Grundrichtungen eines alternativ zu den sich deutlich abzeichnenden Tendenzen künftiger Regierungspolitik stehenden Konzeptes sein könnten. Damit wurde eine Reihe von Veranstaltungen unter dem Titel „Gesellschaftspolitisches Forum“ eröffnet, die sich strategischen Schlüsselfragen widmen wird. Das Projekt wird in Kooperation von Rosa-Luxemburg-Stiftung, WISSENTTransfer, der Redaktion der Zeitschrift Sozialismus und von Helle Panke realisiert.

Das Programm des Tages war eng - sieben ReferentInnen sollten ihre Vorstellungen zur „Neuerfindung des Sozialstaates“ darlegen und gleichzeitig sollte den VeranstaltungsteilnehmerInnen Raum für die Diskussion geboten werden. In einem ersten Beitrag entwickelte Axel Gerntke Gedanken zur Analyse des Wahlergebnisse aus gewerkschaftlicher Sicht. Er stellte fest, dass mit dem Ergebnis der Linkspartei die Parteienlandschaft in Deutschland neu aufgestellt sei. Daraus ergäben sich neue Fragen für die SPD, aber auch für die CDU. Für die SPD sei die Gestaltung des künftigen Verhältnisses zu den Gewerkschaften ein entscheidender Punkt ihrer perspektivischen Entwicklung. Nachdem sie sich im Wahlkampf rhetorisch von den eigenen Forderungen der Agenda 2010 abgesetzt hatte, wird sie offensichtlich jetzt wieder zu dieser Strategie zurückkehren. Für die CDU werfe sich die Frage nach ihrem Charakter als Volkspartei auf. Gerntke entwickelte daraus die These, dass die künftige Regierung den Kurs der Agenda 2010 beibehalten werde, wobei mit einigen Verschärfungen zu rechnen sei. Allerdings werde dies nicht die Unterschiede bzw. Widersprüche in der Ausprägung des neoliberalen Grundkurses zwischen beiden Parteien beseitigen können. Insgesamt rechne er mit einer instabilen Koalition, die vielleicht zu vorgezogenen Neuwahlen führen könnte. Die innere Widersprüchlichkeit des zu erwartenden Regierungskurses bezeichnete der Referent als Ansatz für das gewerkschaftliche Handeln, wobei es in dieser Frage in den Gewerkschaften unterschiedliche und z.T. gegensätzliche Positionen gäbe. Dies betreffe vor allem das Verhältnis zur SPD. Eine Möglichkeit gewerkschaftlichen Handelns seien Aktionen in der Form der Arbeitnehmerbegehren. Z.B. sei das Thema Rente eines, das das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen anspreche und das mit Sicherheit zum Gegenstand von Auseinandersetzungen werden wird. Hinsichtlich der Deutung des Wahlergebnisses war die überwiegende Meinung in der folgenden Diskussion, dass die neoliberale Hegemonie nicht gebrochen sei. Stimmen für die eine oder andere Partei bedeuteten noch lange nicht ein Votum für oder gegen neoliberale Konzepte. Eher sei es so, dass die neoliberale Grundströmung nicht abgelehnt werde, gleichzeitig aber für den Erhalt sozialstaatlicher Institutionen votiert worden sei.

Ein weiterer Schwerpunkt betraf Ansätze für eine eigene Positionsbestimmung und Konzeptbildung zu aktuellen Fragen. Hervorgehoben wurde hier die aktuelle Frage der „Kosten der Unterbringung“ im Rahmen von Hartz IV. Hier werde die Wohnungsfrage neu gestellt.

Ein dritter umfangreicher Komplex betraf die künftige Rolle der Gewerkschaften. Kritisiert wurde die zunehmende Verbetrieblichung der Gewerkschaftsarbeit, man müsse wieder gesellschaftspolitische Bezugspunkte finden, um wirkungsvollen Protest organisieren zu können. Betriebliche Bündnisse für Arbeit und die damit gegebene bewusste Einbindung in die Standortkonkurrenz auf der einen und Protest gegen Agenda 2010 auf der anderen Seite seien einfach nicht zusammenzubringen. Damit sei aber sofort das Problem des Verhältnisses zur SPD sowie der Bewahrung der Einheitsgewerkschaft aufgerufen.

In einem zweiten Beitrag befasste sich Judith Dellheim mit den Auseinandersetzungen um den Stellenwert von Arbeit in der heutigen Gesellschaft. Sie hob hervor, dass das Verständnis von Arbeit und ihrer Nützlichkeit untrennbar mit dem Leitbild einer Gesellschaft verbunden sei. So seien die Verteilung von Arbeit, ihre Bewertung und ihre Widerspiegelung in Sprache, in Begriffen und Kategorien (gewissermaßen die Philosophie von Arbeit) gleichermaßen Gegenstand und Teil gesellschaftlicher Auseinandersetzung. In fünf Thesen untersuchte die Referentin diese Fragen näher.

Erstens seien wichtige Ausgangspunkte für eine Kritik und Würdigung von Arbeit von links die Kriterien Menschenrechte, Menschenwürde und Solidarität. Zweitens müsse berücksichtigt werden, dass Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik immer Machtpolitik sei. In diesem Bereich treffen sehr verschiedenen Interessen zusammen, die sich nicht ausschließlich an der Konfliktlinie Unternehmen-Beschäftigte festmachen lassen. Wenn auch Arbeitslosigkeit ein entscheidendes Moment der Disziplinierung der Gesellschaft sei, sei sie aber gleichzeitig wegen der damit verbundenen wachsenden gesellschaftlichen Spannung ein Moment der Destabilisierung, das auch Unternehmen beunruhige. Die Haltung der Gewerkschaften zu Arbeitslosigkeit, mehr noch zu den Arbeitslosen sei ambivalent, wenn es um die Verteidigung der Interessen der „Kernbelegschaften“ und gemeinsame Positionen mit Unternehmern in der Standortkonkurrenz gehe. Es ginge darum, die in der Gesellschaft vorhandene deutliche Mehrheit, die sich für eine solidarische Umverteilung ausspricht, zu politisieren. Drittens erfordere ein Gegensteuern zum Kurs der Schaffung des „Unternehmers der eigenen Arbeitskraft“ ein komplexes Herangehen. Notwendig, so Dellheim, seien gesellschaftliche Allianzen für ein neues Verständnis von nützlicher Arbeit. Dazu gehöre gesellschaftlicher Druck auf Regierungen und internationale Organisationen genauso, wie Veränderungen des Selbstverständnisses gewerkschaftlicher Arbeit. Die Referentin unterstrich in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Neubestimmung des Verhältnisses der Gewerkschaften zu Prekarisierten und die Wiedererlangung eines gesellschaftlichen Gestaltungsanspruches in der Gewerkschaftsarbeit.

Viertens komme es darauf an, über die Grundfragen hinaus die Entwicklung von Strategien der Beschäftigungssicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen heute nicht aus dem Auge zu verlieren. Maßnahmen, wie z.B. Arbeitszeitverkürzungen, die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe, Nachfragebelebung durch verschiedenste Maßnahmen oder die Weiterentwicklung bestehender Ansätze eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors seien durchaus realistische, wenn natürlich nicht einfach durchzusetzende Forderungen.

Schließlich müsse man sich, so die fünfte These, von Glaubenssätzen und Stereotypen in den Diskussionen lösen. „Vollbeschäftigung ist nicht mehr möglich“ sei ein gutes Beispiel für einen solchen, eigentlich inhaltsleeren, Glaubenssatz, der von links bis rechts gleichermaßen gebraucht werde. Vollbeschäftigung als Möglichkeit der Teilnahme aller an der Gestaltung der Gesellschaft sei etwas anderes als Vollbeschäftigung im Sinne der Notwendigkeit, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit in einem kapitalistischen Unternehmen zu verdienen. Es ginge im erstgenannten Sinne um eine „neue Vollbeschäftigung“, die sich auf eine breite Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Bedingungen stützen müsse. Dieser neue Inhalt von Vollbeschäftigung müsse eng mit Anforderungen einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung verknüpft werden.

Anschließend legte Prof. Stephan Lessenich seine Vorstellungen über einen zukunftsfähigen Sozialstaat dar. Das Konzept eines demokratischen Sozialstaates wurde in einer im vergangenen Jahr von der Otto-Brenner-Stiftung veröffentlichten Expertise umfassend begründet. Lessenich ging von der Frage aus, warum eigentlich vor allem die Mittelschichten sich für einen Sozialstaat aussprechen sollten bzw. könnten und wie man in der Gesellschaft Mehrheiten für einen Sozialstaat finden könnte. Er stellte die These in den Mittelpunkt, dass eine funktionierende Demokratie einen Sozialstaat brauche, der zwar teuer sei, aber Bürgerrechte garantiere. Die Verknüpfung der Sozialstaatsidee mit der demokratischen Idee sei der entscheidende Weg, um gesellschaftliche Mehrheiten zu finden. Dazu sei jedoch selbstverständlich neben der Verteidigung der Sozialstaatsidee auch die Kritik des heutigen Sozialstaates und seiner offensichtlichen Ungerechtigkeiten nötig. Davon ausgehend sei ein eigenes neues Leitbild zu entwickeln. Der Referent skizzierte einige wesentliche Punkte dieses neuen Leitbildes: die Entkopplung von sozialer Sicherheit und Erwerbsarbeit, die Universalisierung der Sozialversicherungssysteme (im Sinne eines BürgerInnenversicherungsprinzips) oder die Erhöhung des Gewichtes und der Zugänglichkeit sozialer Dienstleistungen (Beratung, Betreuung und Bildung) als öffentlich erbrachte Leistungen in einem demokratisierten Dienstleistungssektor. Es gehe um eine sinnvolle Kombination von Geldleistungen und allgemein zugänglichen sozialen Dienstleistungen. Abschließend hob Lessenich hervor, dass jetzt ein bewusster Kampf der Leitbilder erforderlich sei. Sozialpolitik trage ein „konservativ-revolutionäres Doppelwesen“ in sich. Es gehe in diesem Sinne nicht um einen „Sozialstaat von oben“ - auch der heutige Sozialstaat sei das Resultat gesellschaftlicher Kämpfe und damit auch einer „von unten“. Unter diesem Gesichtspunkt betonte er, dass die Sozialstaatsidee nur in Verbindung mit starken sozia-

len Bewegungen wirkungsvoll sein könne. Zentral in den kommenden Auseinandersetzungen sei die Frage der Migration.

Peter Fleißner knüpfte an die Frage eines Konzeptes eines neuen Sozialstaates an, indem er als aktuelle Aufgabe festhielt, dass es um die Demokratisierung des Wohlfahrtsstaates dadurch ginge, dass „wir ihn selber machen“. In seinem Beitrag widmete er sich konkreten Vorschlägen, wie dieses „selber machen“ aussehen könnte. Er wolle Quellen für Veränderungen in der Gegenwart ausfindig machen. Mit dem technischen Fortschritt eröffneten sich, so Fleißner, dafür neue Möglichkeiten. Er entwickelte davon ausgehend die Bedeutung von gruppenorientierten Netzwerken auf verschiedenen Gebieten sozialer Sicherung: „peer-group-care“ als Selbstorganisation der gegenseitiger Hilfe von Betroffenen unter Nutzung des Internet, Studienzirkel als basisdemokratische Formen selbstbestimmten Lernens, Arbeitsmedizinische Gruppen, die sich mit den eigenen Arbeitsbedingungen auseinandersetzen und Intrapreneurgruppen, die im Rahmen internationaler Konzerne selbstbestimmt Produktionsabläufe in großer technologischer Tiefe und in direkter Kooperation mit entsprechenden Partnern weltweit organisieren. Es gehe darum, Veränderungen des Sozialstaates auch so zu gestalten, dass Kompetenzen und Rechte durch die Bürgerinnen und Bürger zurückgeholt und unter ihre eigene Kontrolle gestellt werden.

Die anschließende Diskussion standen vor allem Fragen des Arbeitsbegriffs und der Rolle des Staates im Mittelpunkt. Es wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit die Begriffe Arbeit und Vollbeschäftigung selbst überhaupt noch verwendbar seien. Dafür wurden von verschiedenen DiskussionsteilnehmerInnen verschiedene Argumente vorgebracht. So wurde die Auffassung vertreten, dass die „Industriegesellschaft“ vorbei, eine neue Terminologie daher unumgänglich sei oder dass im allgemeinen Bewusstsein „Arbeit“ zu stark mit der Beschäftigung in einem kapitalistischen Unternehmen in einer starren Hierarchie verbunden werde. Es wurde vorgeschlagen, den Begriff „Arbeit“ durch „Gestaltungsanspruch“ zu ersetzen.

Bezüglich der Rolle des Staates und der damit verbundenen Problematik von Demokratie und Selbstorganisation bzw. Selbstbestimmung im System sozialer Sicherung wurde in den Beiträgen die Widersprüchlichkeit des heutigen Sozialstaates mit großer Deutlichkeit sichtbar. Die Meinungsäußerungen reichten von prinzipiellen Zweifeln an der Möglichkeit eines Sozialstaates im Sinne Lessenichs bis zu Überlegungen konkreter Umsetzungen der Idee, z.T. in Anlehnung von Vorschlägen der ReferentInnen. Betont wurde, dass in den Auseinandersetzungen viel stärker die Notwendigkeit des Sozialstaates betont werden sollte. Gleichzeitig gehe es darum zu verhindern, dass partizipative Ansätze missbraucht werden, um den Abbau sozialer Leistungen zu legitimieren. Man sollte allerdings auch neue Ideen nicht allein deshalb ablehnen, weil sie eventuell missbraucht werden könnten. Selbstorganisation im sozialen Bereich brauche neben einer in starken sozialen Bewegungen bestehenden politischen Basis auch Ressourcen und eine Infrastruktur, die sich dann sicher von der heute gegebenen

unterscheiden müsse. Es gehe hier auch um ein Gleichgewicht von Selbstbestimmung/Selbstorganisation auf der einen und Professionalisierung sozialer Arbeit auf der anderen Seite. Nötig seien entsprechende Bildungsangebote einschließlich einer „ethischen Qualifizierung“ sowie umgangsfreundlichere Technik. Um einen derartigen institutionellen Rahmen selbstbestimmten Handelns zu sichern, sei der Staat weiterhin nötig. Schließlich gehe es darum, Selbstorganisation mit garantierten Rechten zu verbinden. Große Bedenken wurden gegenüber der von Fleißner referierten Idee der Intrapreneurgruppen vorgebracht. Die betriebliche Praxis habe dieses Konzept bereits überholt und in Konzernstrategien gegen die Beschäftigten integriert.

Klaus Dräger beleuchtete dann die europäische Dimension der Fragestellung. Er vertrat die Ansicht, dass das Europäische Sozialmodell ein Mythos sei, hinter dem inzwischen sehr verschiedene Wege sozialer Sicherung zusammengefasst werden. Offen sei vor allem der Weg Osteuropas. Es bestehe die Tendenz, die osteuropäischen Beitrittsstaaten zu Vorreitern weitergehenden grundsätzlichen neoliberalen Umbaus zu missbrauchen. Die EU selbst habe bisher versucht, vor allem eine Passfähigkeit der nationalen Sicherungssysteme im Interesse der Mobilität von Arbeitskraft zu sichern. Über lange Zeit sei die „soziale Dimension der EU“ schwach ausgeprägt gewesen. Sozialdumping sei so konzeptionell als Bestandteil bisheriger EU-Sozialpolitik zu sehen. Über die Lissabon-Strategie werde nun allerdings indirekt eine fortschreitende Formierung der sozialen Sicherungssysteme im Sinne eines neoliberalen Leitbildes betrieben. Als Aufgaben stellte der Redner die Herstellung einer EU- weiten und auch darüber hinaus reichenden Solidarisierung gegen den betriebenen Umbau sozialer Sicherung und eine entsprechende neue öffentliche Diskussion der „sozialen Dimension“ der EU heraus. Er verwies auch darauf, dass die Bolkestein-Richtlinie, die weitreichende Konsequenzen auch im sozialpolitischen Bereich habe, noch lange nicht vom Tisch sei.

In der anschließenden Diskussion wurde bezüglich des oft als beispielhaft dargestellten schwedischen Sozialstaates die Begrenztheit des Modells analysiert. Der schwedische Sozialstaat habe seine Grenze am Arbeitsplatz gefunden. Sobald sozialstaatliche Regelungen zu tief in die Kernbereiche kapitalistischer Machtstrukturen eingegriffen hätten, sei die Weiterentwicklung blockiert worden. Deshalb müsse die Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen als originäres Element eines eigenen Konzeptes von Sozialstaat verstanden werden. Wenn sich heute wirtschaftliche Macht auf EU-Ebene konstituiere, müsse dem genauso eine Gegenmacht auf gleicher Ebene, und nicht nur auf nationaler Ebene entgegengestellt werden. Insofern komme die Linke um eine eigene gemeinsam Sozialstaatskonzeption bzw. eine Konzeption von Sozialpolitik in der EU nicht herum. Es fehle allerdings dafür im Moment an einer gemeinsamen „Leitidee“. Mit der Europäischen Sozialcharta, mit der Grundrechtecharta, den Erfahrungen eines breiten Sektors öffentlicher Daseinsvorsorge und Erfahrungen im Bereich der Wirtschaftsdemokratie verfüge die Linke in Europa insgesamt über vielfältige Ausgangspunkte für eine derartige Strategiebestimmung. Es wurde

allerdings auch angemerkt, dass es gerade zur Frage des Maßes staatlicher Intervention und zur Verbindlichkeit von Richtlinien zur Sozialpolitik innerhalb der EU stark differierende Auffassungen in der Linken gäbe.

In einem abschließenden Diskussionsblock ging es um die Konsequenzen, die sich aus den analysierten Tendenzen und dargestellten möglichen Konzepten für die politische Praxis ergäben. Julia Müller vom WASG-Vorstand und Torsten Koplín, Mitglied des Vorstandes der Linkspartei.PDS legten dazu ihre Auffassungen dar. Dabei wurden strategische Fragen, vor allem die nach der Haltung zu Konzepten eines Grundeinkommens, berührt.

Julia Müller stellte an den Ausgangspunkt ihres Beitrages die Frage, was das Eigene an einem linken Projekt eines Sozialstaates sein müsse, wie man die Brüche und Widersprüche des neoliberalen Projektes nutzen und an die Alltagserfahrungen anknüpfen könne. Sie sprach sich für eine große Breite einer entsprechenden Konzeptbildung aus. Davon ausgehend konstatierte die Referentin die Haltung zur Arbeitsgesellschaft als einen Bruchpunkt in der linken Diskussion: gehe es um ein bedingungsloses Grundeinkommen oder um eine neue Vollbeschäftigung? Nach ihrer Auffassung sei die zentrale Frage die nach der Organisation von Arbeit. Die Erwerbsarbeit sei das zentrale „Kampffeld“. Unter diesem Gesichtspunkt sei die Frage nach der Emanzipation von den heutigen Begrenzungen kapitalistischer Lohnarbeit, nach Selbstbefähigung und Selbstentwicklung wie auch gesellschaftliche Teilhabe zu stellen. Die Zukunft des Sozialstaates sei vorrangig unter diesem Gesichtspunkt, nicht unter dem der Ausgestaltung von Nischen zu diskutieren. Mindestlohn, Wirtschaftsdemokratie, Arbeitszeitverkürzung, menschengerechte Organisation von Arbeit sollten in Einheit mit einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung als wesentliche Eckpunkte eines eigenen Sozialstaatsmodells gesehen werden. Zentral sei die Stärkung der Gewerkschaften. Julia Müller hob hervor, dass die von den GrundeinkommensbefürworterInnen geltend gemachten Effekte, wie etwa die Verhinderung von Armut, auch durch Veränderungen bestehender Sicherungssysteme mit weniger Aufwand zu erreichen wären. Davon ausgehend kritisierte sie die Widersprüchlichkeit von Wahlprogrammatik und anderen Aussagen aus der Linkspartei.PDS, die zwischen Existenzgeldkonzepten auf der einen und der Befürwortung von Kombilohnmodellen auf der anderen Seite schwankten.

Torsten Koplín leitete seinen Beitrag mit dem Hinweis auf die Defensivsituation der Linken in der sozialpolitischen Auseinandersetzung ein. Insbesondere verwies er darauf, dass man den Kampf um Begriffe wieder aufnehmen müsse - Lohn, Arbeitslosigkeit, Solidarität usw.usf. hätten einen Bedeutungswandel erfahren, der alternatives Denken bzw. dessen Akzeptanz blockiere. Positiv sei zu vermerken, dass mit den Hartz-Protesten, der Gründung der WASG und der Belebung im Spektrum der sozialen Bewegungen viele Dinge wieder in Bewegung gekommen seien, die Chancen für einen Wechsel hin zu einer Stärkung emanzipatorischer Bestrebungen und Tendenzen in der Gesellschaft so gut wie lange nicht mehr seien. Davon ausgehend seien Grundfragen, wie z.B. die Eigentumsfrage wieder diskutierbar geworden. Allerdings ginge es darum, Wege zu fin-

den, diese Fragen anknüpfend an den Alltag zu stellen. Koplín hob dabei die Diskussion von Privatisierungsfolgen und Strategien der Deprivatisierung hervor. Er verteidigte die Vorstellungen von Katja Kipping und Bodo Ramelow zu einem Grundeinkommen und führte dazu als Argumente den Schutz vor Armut, die zu erreichende Veränderung des Kräfteverhältnisses auf dem Arbeitsmarkt und die Beschneidung von Profiten an. Natürlich sei auch mit einem Grundeinkommen das Problem sozialer Ungleichheit nicht zu lösen, Armut würde aber nicht mehr in der heutigen Form möglich sein. Er sprach sich für eine Zusammenführung dieser Forderung z.B. mit denen nach einem Mindestlohn, nach einem Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und dem Umbau des Steuersystems aus. Es gehe also um ein Strategiebündel, mit dem ein Richtungswechsel im Sozialen zu erreichen sei.

In der Diskussion wurde von der Mehrheit der TeilnehmerInnen die Option eines bedingungslosen Grundeinkommens kritisch hinterfragt oder abgelehnt. Es wurde angezweifelt, dass von einem Grundeinkommen die vermuteten emanzipatorischen Impulse ausgingen und dass ein solches Konzept im gewerkschaftlichen Raum bzw. bei den Beschäftigten Akzeptanz finden könnte. Auch wurde die Befürchtung geäußert, dass bei Fixierung auf diese Forderung das Feld der Arbeit schnell aus dem Blick geraten könne. Es wurde ausdrücklich davor gewarnt, sich vor den „betrieblichen Problemen zu drücken“. Unterstützung fanden alle Gedanken, die auf eine Integration verschiedener Forderungen in ein Sozialstaatskonzept hinausliefen. Diese Integration erfordere jedoch noch viel Arbeit, ein Teilnehmer sprach von einem Umbruch in der politischen Kultur der Linken. Die verschiedenen linken Milieus müssten sich endlich mit größerer Kooperationsbereitschaft aufeinander zu bewegen. Es gehe um einen „großen Wurf“, der die Gewährleistung sozialer Leitungen im engeren Sinne, allgemein zugängliche soziale Dienstleistungen, starke Gewerkschaften, Demokratie in Unternehmen und starke soziale Bewegungen einschließen müsse.

Es ist schwierig, eine Bilanz der Veranstaltung zu ziehen, die der Breite der Diskussion gerecht wird. Für die „Neuerfindung des Sozialstaates“ scheinen aber folgende Punkte konsensfähig zu sein:

- Es wird kein Zurück zum „alten“ Sozialstaat geben und geben können;
- es geht um einen breiten konzeptionellen Ansatz, der Arbeit und Leben auf neue, emanzipatorische Art zusammenführt - „anders arbeiten“ und „anders leben“ müssen konzeptionell zusammen fallen;
- in einem „neuzuerfindenden Sozialstaat“ wird die umfassende Demokratisierung im Bereich des Sozialen wie im Bereich der Wirtschaft ein wesentlicher Eckpunkt sein müssen;
- ein „neuzuerfindender Sozialstaat“ muss seine Basis in breiten solidarischen Bündnissen auf lokaler, regionaler und globaler Ebene finden, wobei den Gewerkschaften eine wichtige Rolle zukommt

- die Einheit von Selbstbestimmung, Eigenaktivität, öffentlicher Bereitstellung sozialer Dienste und Gewährleistung sozialer Rechte wird als wesentliches Merkmal eines neuen Sozialstaates betrachtet.

Auf den ersten Blick mögen diese Punkte banal und konzeptionell dünn erscheinen; tatsächlich steht dahinter jedoch ein weitgehender Bruch mit der bisherigen Sozialstaatslogik wie auch mit der Logik vieler Diskussionen und ritualisierter Verhaltensweisen in der linken Bewegung - Veränderung und Selbstveränderung stellen sich in der Konsequenz der Diskussionen als gleichermaßen notwendig dar. Offen blieben vor allem Fragen der Gestaltung von politischen Umsetzungsprozessen, der Schrittfolge und taktischer Optionen. Gleiches gilt für die Konsequenzen aus den Prämissen der Geschlechter- oder Generationengerechtigkeit und in noch weiterem Sinne der Barrierefreiheit für die Konzeptbildung. Die Postulierung der Prinzipien selber ist wichtig, es gilt aber zu erfassen, welche Veränderungen in Gesellschaft und in der linken Bewegung selbst die Realisierung dieser Prinzipien nach sich ziehen. Klar ist, dass die Folgen nicht nur die Verteilungsverhältnisse betreffen, sondern tief in kulturell verinnerlichte Beziehungen werden eingreifen müssen. Dies wird weiteren Diskussionen vorbehalten bleiben.

Lutz Brangsch, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Das 2. Forum (1. Teil): Entwicklungsmöglichkeiten und Gefährdungen – das Projekt einer „Pluralen Linken“ – Anforderungen an die Linkspartei.

Von Fragen der Organisationsform über europäische Vergleiche bis zum geschlechterdemokratischen und migrationspolitischen Profil eröffnete das zweite gesellschaftspolitische Forum eine breit gefächerte Debatte zur Entwicklung der Linkspartei. Über 90 TeilnehmerInnen diskutierten am 29. und 30. Oktober in Frankfurt/Main über Anforderungen an eine künftige gemeinsame linke Partei, ausgehend von Linkspartei.PDS und WASG. Ihre Kernforderungen waren eine kulturelle und interkulturelle Öffnung der Linken sowie transparente und demokratische Parteistrukturen.

Im Vordergrund stand die Entwicklung in den westdeutschen Ländern, wo der Linkspartei.PDS am 18.9. mit einem Ergebnis von 4,9% (nach 1,1% 2002 für die PDS) ein spektakulärer Erfolg gelang, der freilich noch lange nicht stabil ist. Hierzu wurden am Samstag einleitend drei analytische Betrachtungen zu Arbeitsweisen und Funktion einer künftigen Linkspartei im (westdeutschen) politischen Spektrum vorgestellt:

Christoph Spehr (Bremen) formulierte drei zentrale Ziele für eine moderne Linkspartei: Pluralität als gewollte, nicht nur hingenommene, Akzeptanz von Unterschiedlichkeit; „offener Sozialismus“ als Offenheit für gesellschaftliche Entwicklungen und Verzicht auf elitär-pseudowissenschaftliche Zukunftsentwürfe; offene Organisation mit Anknüpfungspunkten für Nicht-Mitglieder. Er warnte vor einer Überschätzung programmatischer Debatten.

Meinhard Meuche-Mäker (Hamburg) zog Schlussfolgerungen aus knapp 15 Jahren Geschichte der West-PDS, die dort „eigentlich nie eine Chance gehabt“ habe. Aus ihren vielen Schwächen, kleinen (vor allem kommunalpolitischen) Stärken und den Erfahrungen mit dem organisatorischen Gefüge, ohne das der Wahlkampf 2005 auch im Westen sehr viel schwieriger gewesen wäre, könne und müsse auch die Linkspartei unter Einschluss der WASG für ihre künftige Arbeit im Westen lernen. Meuche-Mäkers Thesen fußen auf einer von ihm für die RLS erstellten Studie zur „Die PDS und der Westen“, die im November 2005 veröffentlicht wird.

Helge Meves (Berlin), einer der Mitinitiatoren der WASG, skizzierte die Erwartungen bei der Entstehung der WASG und ihren jetzigen Stand. Er verwies dabei auf die großen organisationspolitischen Differenzen zwischen Linkspartei und WASG sowie auf die große Zahl neu-politisierter, selbst von Sozialabbau betroffener Menschen, die oftmals nicht aus der klassischen Linken kämen. Dies biete Chancen für die Entwicklung einer zukünftigen Linkspartei, stelle jedoch auch eine erhebliche Herausforderung dar.

An der anschließenden breiten Debatte beteiligten sich u.a. Joachim Bischoff, Murat Çakir und Björn Radke vom Bundesvorstand der WASG, Benjamin Hoff und Heiner Halberstadt von der Linkspartei.PDS. Am Samstagabend diskutier-

ten Christophe Hodé (PCF, Frankreich) und Daniel Oliveira (Bloco de Esquerda, Portugal) über Modelle pluraler Linksparteien in ihren Ländern.

Die Diskussionen über feministisch-frauenpolitische und migrationspolitisch-antirassistische Anforderungen an eine kommende Linkspartei am Sonntagvormittag waren stärker auf eine breite Beteiligung der TeilnehmerInnen angelegt. Als roter Faden verband beide Veranstaltungstage die Forderung nach offenen, flexiblen und durchlässigen Organisationsweisen. Diese seien eine Voraussetzung, die Attraktivität von WASG und Linkspartei im Westen für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund zu stärken. Die Erwartungen, die Frauen an eine parteiliche Organisation stellten, könnten mit Stichworten wie Offenheit, Transparenz, Verständlichkeit und Kompetenz beschrieben werden sowie mit der Fähigkeit, im Diskurs Angebote zu entwickeln und eigene Interessen mit Konsequenz und Realitätssinn durchzusetzen, so Evelin Wittich (RLS, Berlin). Murat Çakir (WASG, Kassel) hob insbesondere auf eine „Demokratisierung der Demokratie“, eine umfassende interkulturelle Öffnung auch der Linken und, in der Diskussion durchaus kontrovers, auch eine gewisse Quotierung für MigrantInnen in einer kommenden Linkspartei ab. Insbesondere die frauenpolitische Debatte soll in einer eigenen Veranstaltung in der Reihe der „gesellschaftspolitischen Foren“ Anfang 2006 vertieft werden.

Florian Weis, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Das 2. Forum (2. Teil): Linkspartei: Feministisch oder nicht links? Anforderungen aus feministischer und frauenpolitischer Sicht

Nachdem am Abend zuvor allgemeine Fragen der Entwicklung einer Linkspartei debattiert wurden, widmete sich die Diskussion am Sonntagmorgen Problemen des Feminismus und des Stellenwertes von Geschlechtergerechtigkeit in einem solchen Projekt. Trotz des frühen Beginns war die Veranstaltung von Frauen und Männern gut besucht – ein Zeichen, dass dieses scheinbar schon so oft ausdiskutierte Thema offensichtlich einen Nerv bei Aktiven trifft.

Als Ausgangspunkt formulierte die Moderatorin der Veranstaltung, Silke Veth (Rosa-Luxemburg-Stiftung) die Frage, welche Anforderungen aus frauenpolitischer Sicht an ein neues Linksbündnis zu stellen seien. Sie betonte, dass dabei neben den inhaltlichen Fragestellungen auch organisatorisch-strukturelle Rahmen zu diskutiert werden müssten. Davon ausgehend stellte sie folgende Fragen an den Beginn der Veranstaltung:

1. Welche Strukturen sind für eine linke Frauenpolitik notwendig (u.a. vor dem Hintergrund der Tatsache, dass etwa in der WASG weniger Frauen aktiv sind als in der Linkspartei.PDS)?
2. Welche Bündnisse oder strategischen Einstiegsprojekte sind möglich (z.B.: gemeinsame Positionen von Ost- und Westfrauen), wie kann man diese Einstiegsprojekte als gemeinsame „Lernprojekte“ gestalten?
3. Welche konkreten Schritte können für die Zukunft vereinbart werden?

Man müsse von einer „Spiegelstrichpolitik“ wegkommen, die die einzelnen Politikfelder als abgeschottet voneinander zu bearbeiten betrachtet. Es ginge darum, an andere Formen des Politik-Machens anzuknüpfen oder diese zu entwickeln, um die eigene Reproduktion politisch und kollektiv bearbeiten zu können. Die Veranstaltung sei aus ihrer Sicht ein Einstieg in die gemeinsame Suche nach derartigen anderen bzw. neuen Wegen.

In einleitenden Beiträgen stellten Evelin Wittich und Eva Schäfer (beide Rosa-Luxemburg-Stiftung) theoretische Positionen wie auch praktische Erfahrungen von feministischer und Frauenpolitik in der Linken dar.

E. Wittich bezeichnete es als eine Grundfrage linker Politik, was die Linke politisch im Bereich der Geschlechterverhältnisse erreichen wolle. Diese Frage sei bisher weder in theoretischer noch in praktischer Hinsicht schlüssig beantwortet. Zwar habe sich die PDS Anfang der 90er klar zum Paragraphen 218 und auch zur Quotenregelung positioniert. Dennoch sei nie konsequent ausdiskutiert worden, was Frauen- bzw. feministische Politik wirklich heiße, wie viel Wert die Linke auf die Beteiligung von Frauen in der Politik lege, was die Linke sich hiervon verspreche und wie man mit den daraus resultierenden Konsequenzen

umgehen können bzw. müsse. Gehe es um Politikangebote an Frauen oder darum, mit Frauen neue Politik zu machen?

In der Geschichte der sozialen Bewegungen würden selbst von Frauen durchaus unterschiedliche und z.T. ambivalente Positionen in dieser Hinsicht vertreten. So sei Rosa Luxemburg zwar für Emanzipation eingetreten, könne nach dem jetzigen Forschungsstand jedoch nicht explizit als Feministin bezeichnet werden. Die so genannte „Frauenfrage“ überließen sie ihren Zeitgenossinnen Clara Zetkin und Alexandra Kollontai. Ähnliches gelte für Hannah Ahrendt. Wittich zitiert sie mit der Frage: „Was verlieren wir, wenn wir gewinnen?“

Generell könne beobachtet werden, dass sowohl in Geschichte als auch Gegenwart viele politisch aktive und erfolgreiche Frauen das Problem der Geschlechtergerechtigkeit nicht thematisieren, sondern durch ihre eigene Tat Gleichberechtigung erreichen und leben wollten.

In der Linkspartei.PDS in den östlichen Bundesländern spiegle sich dies in Kontroversen zwischen Feministinnen und anderen politisch engagierten Frauen wie auch in der Tendenz zur Marginalisierung von LISA wider. Wichtig sei in diesem Zusammenhang jedoch, dass beide Gruppierungen nicht gegeneinander agierten, sondern in Dialog treten. Beide Sichtweisen und darüber hinaus auch die der Frauen aus den westlichen Bundesländern mit ihren unterschiedlichen frauenpolitischen, feministischen und Queer-Ansätzen seien unverzichtbar für die Linke. Wichtig sei vor allem auch der Austausch von Frauen in Ost und West.

Aus dieser Pluralität der Sichtweisen stelle sich auch die Frage nach den Begriffen, die diesen unterschiedlichen Positionen Rechnung tragen. Sollte man/frau nun den Begriff der Geschlechterdemokratie, des Gendermainstreaming, des Feminismus (bzw. der verschiedenen Feminismen), der Geschlechtergleichstellung oder -gleichberechtigung verwenden? In der RLS habe man/frau sich bewusst für den von Frigga Haug vorgeschlagenen Begriff „Geschlechterverhältnisse“ entschieden, da dieser Begriff u.a. auch die ethnische, soziale und Klassen-Dimension der Geschlechterfrage mit einbeziehe und auf beweglichen und widersprüchlichen Charakter des Verhältnisse der Geschlechter verweise.

In einem weiteren Komplex ihrer Ausführungen stellte E. Wittich Befunde zur praktisch-politischen Dimension der Frage vor. Wie verhalten sich Frauen bei Wahlen? Tendenziell wählten Frauen eher links, da sie sich für Themen wie beispielsweise Solidarität, soziale Gerechtigkeit, das Wohl zukünftiger Generationen etc. interessierten und einsetzten. So verdanke die PDS ihren Wahlgewinn etwa bei den Bundestagswahlen 1998 und den Berliner Wahlen 2001 hauptsächlich Frauen. Jedoch habe sich dieser Trend nicht fortgesetzt. Bei den letzten beiden Bundestagswahlen seien Verluste unter der weiblichen Wählerschaft der Linken zu beobachten gewesen. Hier müsse darüber nachgedacht werden, wieso Frauen, die linken Themen prinzipiell offen gegenüber stünden, sich von der Linkspartei.PDS abwenden und wie sie wieder für die Linke gewonnen werden könnten.

Untersuchungen hätten ergeben, dass Frauen tendenziell nicht taktisch, sondern eher programmatisch wählten. Dabei interessierten Frauen sich für Politikfelder wie soziale Sicherung, Gesundheit, Umweltpolitik u.Ä. Es sei daher besonders wichtig, Frauen in diesen Bereichen in die Politik einzubinden und so zugleich von den besonderen kommunikativen Fähigkeiten zu profitieren, die bei Frauen im Vergleich zu Männern mehrheitlich vorhanden seien. Darüber hinaus können Frauen dazu beitragen, den sozialen Zusammenhalt in der Partei zu stärken und Konflikte zu lösen. Auch sei der Umgang mit Informationen bei Frauen tendenziell anders: Während Männer Informationen eher als Machtinstrumente ansähen und diese hierarchisch und selektiv verteilten, bevorzugten es Frauen, Informationen schnell und umfassend fließen zu lassen, um zu Entscheidungen zu kommen. Entsprechend sei Frauen häufig ein ablehnendes Verhältnis zur Macht zu Eigen. Dies korrespondiere auch mit den Ergebnissen einer Studie über weibliche Mitglieder der PDS von Eva Schäfer, die belege, dass für viele Frauen eine Partei nicht der bevorzugte Ort ihres politischen Wirkens sei. Die Erwartungen, die Frauen an eine parteiliche Organisation stellten, könnten mit Stichworten wie Offenheit, Transparenz, Klarheit, Verständlichkeit, Kompetenz, die Fähigkeit, im Diskurs Angebote zu entwickeln sowie Konsequenz und Realitätssinn bei der Durchsetzung der eigenen Interessen beschrieben werden – all dies seien Qualitätsmerkmale einer modernen sozialistischen Partei. Es gehe somit darum, einen Gleichklang zwischen Programmatik, Struktur und realitätsbezogenen Zukunftsprojekten zu erreichen.

Eva Schäfer griff das Problem der Sprache geschlechtergerechter Politik auf und beleuchtet den Gender-Begriff: Der aus der us-amerikanischen Wissenschaft stammende Begriff führe weg von der eindimensionalen Sicht auf die Frauen oder die Männer. Er konzipiere das Geschlecht als sozio-kulturelle Struktur und treffe keine Festlegungen, die auf einem bipolaren und nur auf das biologische Geschlecht abzielenden Verständnis fußten. Der Gender-Begriff umfasse z.B. auch queere Lebensweisen, die sich gegen eine ausschließlich heterosexuell definierte Norm der Mehrheitsgesellschaft wehrten. Sexualität werde so als Strukturmoment von Gesellschaft, somit als auch politisches Verhältnis verständlich und handhabbar.

Schäfer hob zwei Seiten der aktuellen Diskussionen um die Geschlechterverhältnisse hervor. Einerseite gehe es um das Genderkonzept als Konzept der Kritik der Verteilung von Ressourcen zwischen Männern und Frauen, die unterschiedliche Machtpositionen beider in der Gesellschaft nach sich zögen. So besetzten Frauen in Gesellschaft und Politik ganz andere Positionen, Männer hätten sich, so auch in der Linkspartei.PDS, bei der Verteilung von Posten nach einem heftigen Machtkampf schließlich durchgesetzt. Andererseits müsse dieses Wissen um Machtverhältnisse in großer Breite öffentlich diskutierbar gemacht werden. Der Arbeitskreis „Frauen und Politik“ der RLS öffne sich inhaltlich und personell, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Frauen aus den alten und neuen Bundesländern sollten zusammengebracht um Verständnis füreinan-

der entwickeln zu können. Ost- und Westfrauen verfügten über eine recht unterschiedliche Sozialisation. So definierten sich Frauen aus den neuen Bundesländern mehrheitlich sehr stark über die Erwerbsarbeit, wie eine Studie von Eva Schäfer und (Name?) über ostdeutsche Frauenbiographien gezeigt habe. Aus der Perspektive dieser Frauen stießen Begriffe aus der westdeutschen Frauenbewegung wie „feministisch“ oder „queer“ häufig auf Unverständnis. Es gehe also nicht zuletzt um die Klärung von Begrifflichkeiten, um Blockaden für ein gemeinsames politisches Handeln aufzulösen. Daher müssten Begriffe gefunden werden, mit denen sich auch diese Gruppe identifizieren könne, ein Vorschlag wäre z.B. „emanzipative Geschlechterpolitik“.

Schließlich gehe es um Empowerment und Vernetzung von Frauen. Dies schließe natürlich die Auseinandersetzung mit aktuellen Lebensfragen von Frauen mit ein. Als Beispiele führte die Referentin das Leben von Frauen am Rande der Gesellschaft, geschlechterpolitische Dimensionen des demographischen Wandels und wiederum das Verhältnis von Geschlechtergerechtigkeit und Sprache (z.B. auch in Wahlkämpfen) an. Aufgabe sei es, mit diesen Themen und den damit verbundenen spezifischen gesellschaftspolitischen Sichtweisen sich zu einem Teil einer strategischen Debatte zu machen.

In der Diskussion spielten vor allem Erfahrungen mit dem Umgang mit Frauen und „Frauenthemen“ in der PDS.Linkspartei und der WASG sowie die Frage der Quotierung eine Rolle. Thematisiert wurde ganz elementare Fragen, wie das Fehlen von Kinderbetreuungsmöglichkeiten im Umfeld von politischen Veranstaltungen, die strukturelle Diskriminierung Alleinerziehender aber auch der persönliche Umgang mit Frauen. Die z.T. sehr emotional geführten Diskussion konzentrierte sich vor allem auf folgende Aspekte.

Hinsichtlich der Quotenregelung waren von Ablehnung über Skepsis bis hin zur unbedingten Unterstützung und Durchsetzung alle Meinungen vertreten. Mehrheitlich wurde die Quote jedoch befürwortet und dazu aufgefordert, weiter dafür zu kämpfen. Es zeige sich, dass die Umsetzung besonders auf der Kreis- und Lokalebene schwierig sei, da nicht genügend Frauen für die politische Arbeit zur Verfügung stünden. Auch das Problem, dass manche „Quotenfrauen“ nicht die erforderlichen Qualifikationen für die jeweiligen Positionen hätten, wurde (von einer Frau) zu Bedenken gegeben. Schließlich, so wurde gesagt, fühlten sich diejenigen „Quotenfrauen“, die sehr gut qualifiziert sind, durch diesen Begriff denunziert. Eine Teilnehmerin bezeichnete die Quote gar als „schwachsinnig“, da viele Frauen sich bewusst gegen die Partizipation in der Politik entschieden – einer nach wie vor von Männern dominierten und in Umgangsformen, Kommunikation etc. geprägten Welt, mit der Frauen gar nichts zu tun haben wollten. Dieser Position wurde von anderen DiskussionsteilnehmerInnen nur insoweit gefolgt, als das die unterschiedlichen Diskussions- und Umgangsformen, verschiedene politische Kulturen bei Männern und Frauen als Probleme betont wurde. Frauen müssten einen viel höheren Aufwand treiben, um Einfluss zu ge-

winnen. Eine Teilnehmerin stellte frustriert fest, dass Feministinnen oder Frauen, die ihre Rechte forderten, immer noch als „Zicken“ gebrandmarkt würden, was verletzend sei und dadurch „zickiges“ Verhalten manchmal geradezu provoziere – ein Konflikt, den sie als schwer lösbar bezeichnete. Allerdings müssten dabei auch patriarchal geprägte Verhaltensweisen unter Frauen deutlicher thematisiert werden. Es wurde angeführt, dass gerade die Entwicklung der Grünen, die schließlich trotz Quotierung einen gesellschaftspolitischen Kurs mittragen, der durch die mit ihm originär verbundenen Prekarisierungsprozessen vor allem gegen Frauen wirkt, darauf verweist, wie umfassend ein politisches Konzept von Geschlechtergerechtigkeit in die Gesellschaft wie auch in die eigenen Organisationen gleichermaßen wirken müsse.

Weitgehende Übereinstimmung bestand darin, dass für die Quotierung Voraussetzungen geschaffen werden müssen, es gehe hier um eine politische Aufgabe, die alle angehe. Daran anknüpfend wurde betont, dass die weitere Qualifizierung von Frauen, wie z.B. im Rahmen des einjährigen Politikmanagement-Kurses der RLS, weiter zu forcieren sei. Dies schließe aber auch (scheinbar) einfache Dinge, wie etwa die entsprechende Berücksichtigung von Referentinnen auf Veranstaltungen, die gezielte Einladung von Frauen, die Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder eine andere zeitliche Organisation von Veranstaltungen ein.

Jedoch zeige sich hier auch eine grundsätzliche Schwierigkeit. Zum einen seien Haus- und Erwerbsarbeit immer noch voneinander getrennt, weshalb sich die terminliche Zusammenführung von Hausfrauen/-männern und Erwerbstätigen in der Praxis als schwierig erweise. Hier müssten Frauen aus Ost und West auch ausgehend von unterschiedlichen Erfahrungen im politischen Handeln viel stärker zusammenwirken, um neue Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Zum anderen seien auch die strukturellen Benachteiligung von Frauen, z.B. dass Frauen nach der Geburt ihrer Kinder keinen Job mehr bekommen; der höhere Anteil von Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen, besonders in den geringer qualifizierten Bereichen hinsichtlich politischer Positionierung wie auch organisatorischer Ausgestaltungen von linker Politik eine Herausforderung. Hinzu käme, dass vor allem junge Frauen sich selbst häufig gar nicht als das „unterdrückte Geschlecht“ wahrnehmen. Erst, wenn sie für die Problematik sensibilisiert würden – z.B. durch Themen wie Lohnentwicklung, Mütterbilder, Verteilung der Hausarbeit – setze eine Reflektion ein. Diese Fähigkeit, Widersprüche und Diskriminierungen entlang der Geschlechterverhältnisse wahrnehmen zu können, müsse in der politischen und Bildungsarbeit in linken Organisationen befördert werden.

Es sei, so wurde von einigen der TeilnehmerInnen unterstrichen, eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit, in organisatorischer wie auch in inhaltlicher Hinsicht Zeichen zu setzen. Es müssten neben einer geschlechtergerechten Gestaltung bestehender Parteistrukturen solche wie die Interessen- und Arbeitsgemeinschaften gestärkt werden, um Entscheidungsprozesse generell transparenter und zugänglicher zu machen. Dies sei eine wichtige Voraussetzung, um eine von

Geschlechtergerechtigkeit geprägte politische Kultur in den Organisationen durchsetzen zu können. Es gehe also nicht nur um die Themen, sondern auch um die Art und Weise der Diskussion und des Umgangs. In inhaltlicher Sicht wurde anknüpfend an Erfahrungen in Skandinavien die Konzipierung einer „umfassend neuen Art von Sozialstaatlichkeit“ als Bindeglied zwischen feministischen und anderen Positionen sowie auch von programmatischen und praktisch-politischen Aktionen angeregt. Zwar seien die Politiken in diesen Ländern durchaus unterschiedlich geprägt, gemeinsam sei ihnen aber im Resultat, dass Bereiche wie Gesundheit oder Bildung gefördert würden, was automatisch bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für Frauen bringe, da sie in diesen Bereichen überproportional stark beschäftigt und deren Leistungen überproportional betroffen seien. Ein zweiter inhaltlicher Ansatz wurde in der Diskussion der geschlechtsspezifischen Ausprägung von Prekarisierungstendenzen gesehen. Es wurde von einer „neuen underclass vor allem auch junger Männer“ gesprochen, die bei formal gleichen Lebensbedingungen beginnen, eine von den prekarierten Frauen verschiedene Sozialisierung zu entwickeln.

Die Diskussion erinnerte in ihrer Breite und Problemtiefe an die, die zum Thema Geschlechtergerechtigkeit in der Konstituierungsphase der PDS Anfang der neunziger Jahre geführt wurde. Dies deutet darauf hin, dass tatsächlich wieder eine Entscheidungssituation entstanden ist, die über den Stellenwert von Geschlechtergerechtigkeit in linker Politik auf längere Sicht entscheiden wird. Mit großer Zustimmung wurde daher der Vorschlag aufgenommen, in einer weiteren Veranstaltung der Reihe „Gesellschaftspolitisches Forum“ der Vertiefung der hier debattierten Themen zu widmen. Gleichzeitig, so eine weitere Schlussfolgerung und Verabredung, sollte die Debatte um Begriffe und um die Anforderungen an eine an den Maßstäben von Geschlechtergerechtigkeit orientierten politischen Diskussionskultur fortgeführt werden.

Sandra Thieme / Lutz Brangsch

Das 3. Forum: Demokratischer Sozialismus oder Warum bzw. ob es sich lohnt, um Begriffe zu streiten

Unter der Überschrift „Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt“ diskutierten am 5.11.05 etwa 100 TeilnehmerInnen Ziele linker Bewegung und wie man diese Ziele formulieren könnte. Damit griff die Veranstaltung das Thema des Vorabends auf, an dem Gregor Gysi und Oskar Lafontaine sich mit der These des „Sozialismus als Tagesaufgabe“ auseinanderzusetzen hatten. In ihren einleitenden Bemerkungen verwies Cornelia Hildebrandt (Rosa-Luxemburg-Stiftung) darauf, dass in WASG, Linkspartei und SPD die Zielvorstellungen unterschiedlich formuliert würden: „solidarische Gesellschaft“ (WASG), „Sozialismus als Weg und Ziel“ (Linkspartei.PDS) und Zusammenführung von Demokratie und Sozialismus (SPD) markierten in deklaratorischer Hinsicht unterschiedliche Zugänge zu politischem Selbstverständnis, mithin zu strategischen Vorstellungen. Sie stellte die Frage, wie mit diesen Unterschiedlichkeiten und den gleichzeitig vorhandenen Schnittmengen umgehen könne. Die ReferentInnen Wolfgang Küttler, Dieter Klein, Joachim Bischoff, Bernd Riexinger, Frigga Haug und Michael Brie (in der Reihenfolge des Auftretens) repräsentierten verschiedene Generationen und Sozialisierungen. Wie auch bei den vorherigen Foren war das Publikum gemischt - AktivistInnen aus Linkspartei und WASG, Menschen, die sich in keiner Partei engagieren wollen und InteressentInnen, die sich durch die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen seit den Hartz-Protessen politisiert sehen hatten sich eingefunden.

Gemeinsame Position der ReferentInnen war, dass alte Gewissheiten bei der Bewältigung der anstehenden Probleme nicht mehr helfen. Theoretische Prämissen und Begriffsapparate müssten neu überdacht werden, wenn es politisch handhabbare Konzepte geben sollte. Im Ringen um gesellschaftliche Hegemonie werde das Ringen um eine Sprache, die das Gemeinsame der Linken fassen könne, an Bedeutung gewinnen. In den Begriffen, mit denen sich die neue linke Bewegung und ein neues Parteiprojekt insbesondere selbst ein Gesicht geben wird, spiegele sich nicht nur Gegenwartsbewältigung sondern auch Fähigkeit des Umgangs mit Tradition und Vergangenheit, letztlich Identität wider.

In einem ersten Beitrag setzte sich Wolfgang Küttler mit der Theorie der Gesellschaftsformation auseinander. Er ging davon aus, dass die gegenwärtigen Umbrüche dazu zwingen, die bisherigen Vorstellungen zum Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus prinzipiell neu zu überdenken. Bezugnehmend auf Marx sprach er sich dafür aus, diesen Übergang in einem breiteren Kontext zu sehen. Fragen des Übergangs hätten vor allem in dessen Spätwerk, angeregt durch Fragen russischer Intellektueller, eine Rolle gespielt, wo eine Relativierung der vorher anzutreffenden Vorstellungen eines schnellen Übergangs zu beobachten sei. Aus seiner Sicht seien daher die bisherigen Vorstellungen vom Übergang des Kapitalismus in den Sozialismus als zu kurzschlüssig zu betrachten. In den bisherigen Konzeptionen sei zwar den vermuteten bzw. erwarteten

Unterschieden zwischen Kapitalismus und Sozialismus viel Aufmerksamkeit geschenkt worden, die Übergangsphase selbst habe jedoch demgegenüber eine sträfliche Unterschätzung erfahren. Die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus an neue Konstellationen sei so unterschätzt worden. Er schlug vor, den Übergangsprozess selber als eigenständige Formation mit eigenen Entwicklungsgesetzmäßigkeiten, eigener Struktur und eigenen Widersprüchen zu fassen. Küttler verwies auf die heute anzutreffende Vielfalt bürgerlicher Herrschaft von den USA über Skandinavien, Saudi-Arabien bis nach China und Indien, deren Konsequenzen heute im Begriff der Globalisierung zusammengefasst werden würden. Neben die Unterwerfung aller Bereiche der Gesellschaft unter die Kapitallogik trete die Ablösung der Gesellschaft von ihren natürlichen Existenzbedingungen. Mit dem „finanzgetriebenen Kapitalismus“ (so J. Bischoff) entstünde ein „Finanzkapitalismus auf höherer Stufe“, mit dem der Kapitalismus möglicherweise tatsächlich eine „reale Grenze“ seiner Anpassungsfähigkeit, so Küttler in Anlehnung an Überlegungen Elmar Altvaters, finden könnte.

So seien der Globalisierung zwei wichtige Merkmale eigen, die für die Neubestimmung des Formationsbegriffes wichtig seien: einerseits die Totalisierung des Kapitalismus, andererseits die Vertiefung der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung. Verbunden sei dies mit einer neuen Vielfalt von Formen des Widerstands, sei es selbstorganisierter, staatlich organisierter (wie in Venezuela) oder Terrorismus.

Ergebnis der beschriebenen Vielfalt sei, dass auf einem starren Formationskonzept basierende feste Zielbestimmungen nicht mehr möglich seien. Die nächste Stufe sei nicht die Überwindung des Kapitalismus, vielmehr sei diese nächste Stufe jeweils aus den spezifischen Herrschaftsformen sowie aus den entsprechend möglichen Bündniskonstellationen abzuleiten. Die gegenwärtige Aufgabe bestehe vor allem aber darin, die zerstörerischen Tendenzen des Kapitalismus zu bekämpfen - ob das Ergebnis der Prozesse schließlich das sei, was allgemein als Sozialismus bezeichnet werde, könne er nicht sagen. Zwar führe die gegenwärtige Entwicklung seiner Auffassung nach an Grenzen der Kapitalherrschaft, aber darüber hinaus gehende Tendenzen seien nicht klar zu bestimmen.

Alle DiskussionsteilnehmerInnen stimmten der Aussage zu, dass eine schnelle Umwälzung vom Kapitalismus zum Sozialismus heute nicht möglich sei. Die z.T. vagen Aussagen, vor allem hinsichtlich des Charakters einer zukünftigen nichtkapitalistischen Gesellschaft und der Rolle der Arbeiterklasse als Subjekt des Übergangs, wurden allerdings nicht einhellig geteilt. Angemahnt wurde eine genauere Untersuchung der Produktivkraftentwicklung, um auch die Aussagen zum Emanzipationssubjekt klarer treffen zu können. Könne man der mitunter anzutreffenden These folgen, dass die InformationsarbeiterInnen heute eine der Industriearbeiterschaft des 19. und 20. Jahrhunderts analoge Funktion einnehmen werden? Es wurde der Vorschlag gemacht, ein anderes Verhältnis zur Natur, eine andere Zielrichtung von Produktion und Verteilung und partizipative Demokratie als Grundmerkmale einer dem Kapitalismus folgenden Formation zu beschreiben. Bezüglich der Tagesaufgaben wurde zustimmend hervorgeho-

ben, dass der Sinn linker Politik u.a. darin bestünde, die inneren Vergesellschaftungsprozesse der Kapitalismus voranzutreiben. In dieser Hinsicht wurde die Bedeutung linkskeynesianischer Ansätze betont. Mit Blick auf die Entwicklung in China wurde vermerkt, dass diese exemplarisch zeige, dass eine kontinuierliche Fortsetzung gegenwärtiger Entwicklungslogiken in eine ökologische und soziale Katastrophe führen. Es müsse zu einer Einheit in der Kritik ökologischer und sozialer Prozesse kommen, die von den Grünen nicht geleistet werden konnte. Sie hätten die Kritik der ökologischen Krise nur mit einer Technik-, nicht mit einer Gesellschaftskritik verbunden.

In einem weiteren Diskussionsblock setzten sich Dieter Klein und Joachim Bischoff mit der Tragfähigkeit des Begriffs „Demokratischer Sozialismus“ auseinander. Es zeigte sich, dass dies keinesfalls ein akademischer Streit ist, sondern dass hier unterschiedliche Traditionen aufgegriffen werden, die in Linkspartei und WASG als identitätsstiftend betrachtet werden. Während Klein vor allem den mit dem Begriff verbundenen emanzipatorischen Anspruch hervorhob, betonte Bischoff die Diskreditierung des Begriffs durch die reale Politik der europäischen Sozialdemokratie.

Dieter Klein leitete seinen Beitrag mit der Frage ein, ob überhaupt ein „bündelnder Begriff“ zur Charakterisierung einer linken Strömung nötig sei. Immerhin sei die Reaktion auf Agenda 2010 nicht der Ruf nach „demokratischem Sozialismus“ gewesen. Er bejahte diese Frage mit dem Verweis auf drei Argumente: erstens könne eine Bewegung nicht auf ein theoretisches Fundament verzichten, zweitens habe sich die linke Bewegung, insbesondere die ArbeiterInnenbewegung, immer auch als theoretische Richtung verstanden und drittens müsse gerade eine Partei links von der SPD Wege, Werte und Ziele auf einen Grundbegriff bringen können. Zudem komme man nicht um eine Positionierung zum gescheiterten Realsozialismus herum. Dies alles könne der Begriff „links“ nicht leisten. Dabei erkenne er an, dass sich die Sozialdemokratie vom demokratischen Sozialismus als Konzept verabschiedet habe und sich an Varianten neoliberalen Gesellschaftsumbaus orientiere. Es ginge ihm nicht darum, sich mit der Verwendung des Begriffs demokratischer Sozialismus an diese Logik anzupassen, sondern den Begriff nicht aufzugeben und auf das Uneingelöste des in ihm manifesten Anspruchs zu betonen.

Anschließend entwickelte Klein inhaltliche Eckpunkte eines Konzeptes des demokratischen Sozialismus. Ähnlich wie Küttler, der aus formationstheoretischer Sicht eine genaue Beschreibung einer Perspektive ablehnte, betonte Klein die Bedeutung des Prozesses der gesellschaftlichen Veränderung für dessen Ergebnis selbst indem er sagte, dass der demokratische Sozialismus sein Gesicht in einem transformatorischen Prozess finden bzw. erhalten werde. Allerdings grenzte er sich von Küttler auf der einen und sozialdemokratischen Konzepten auf der anderen Seite dahingehend ab, dass er Sozialismus nicht als irgendwann zu erreichendes Fernziel, sondern als einen Prozess, der heute beginnt charakterisierte. Es gehe nicht einfach um eine Zivilisierung des Kapitalismus und eine Abfederung des neoliberal geprägten gesellschaftlichen Wandels, sondern dar-

um, „kleine Schritte“ und „große Brüche“ miteinander zu verbinden. Der reale politische Gehalt dieses theoretischen Streits zeige sich in den praktischen Konsequenzen dieser grundsätzlichen Positionsbestimmungen hinsichtlich der Entwicklungspotenziale des gegenwärtigen Kapitalismus, hinsichtlich der Haltung zur Kapitalverwertung sowie der daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen für die Regulationsweise. Aus Sicht des Referenten gehe es darum, Anknüpfungspunkte für Veränderungen im Heute zu finden die Dominanz der Profitproduktion zurückzudrängen. Es gehe nicht um die Unterwerfung der Gesellschaft unter Verwertungsinteressen, sondern um die Unterwerfung aller Eigentumsformen unter das Gemeinwohlinteresse.

Dies durchzusetzen erfordere jedoch breite gesellschaftliche Allianzen, die fähig sind, die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse grundsätzlich zu verändern. Der dazu nötige Kulturbruch sei ein entscheidendes Moment des Transformationsprozesses.

Joachim Bischoff legte dar, warum aus seiner Sicht der Begriff des demokratischen Sozialismus für die WASG keine bündelnde Kraft besäße. Er betrachte das Konzept des demokratischen Sozialismus, wie es aus dem SPD-Programm abzuleiten sei, als gescheitert, genauso wie die Vision des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus. Die europäische Sozialdemokratie habe ohne Debatte und ohne den Begriff des demokratischen Sozialismus den Übergang auf neoliberale Positionen vollzogen. Die Kritik Münteferings an den Finanzkonzernen könne nicht verdecken, dass die Sozialdemokratie die durch diese repräsentierten zerstörerischen Tendenzen erst möglich gemacht habe. Der Weg, den die Sozialdemokratie eingeschlagen habe, könne und würde nicht zu einer Rezivilisierung des Kapitalismus führen. Vor diesem Hintergrund sei seiner Meinung nach eine Uminterpretierung des Begriffs demokratischer Sozialismus nicht möglich. Man solle sich jetzt erst über Inhalte einigen, bevor man an eine Begriffsbildung gehe.

Bischoff wählte als Ausgangspunkt seiner Vorschläge für eine inhaltliche Debatte die Auseinandersetzung um die „finanzgetriebene Akkumulation“. Die aus diesem Akkumulationsregime resultierenden gesellschaftlichen Zerstörungen seien nicht eine Frage der Qualität der Manager, sie seien diesem Regime eigen. Besonders problematisch sei, dass durch die Ausweitung von kapitalgedeckten Formen sozialer Sicherung dieses Akkumulationsregime Interessen in vielen Teilen der Gesellschaft beginne zu prägen. Es sei also die Auseinandersetzung zu führen, wie man von der Zerstörung wieder zur Regulierung kommen könnte: Rezivilisierung sei die Tagesaufgabe. Dafür benannte er drei Aufgabenkomplexe. Erstens ginge es um eine Erneuerung von Politik und zivilgesellschaftlichem Engagement; dazu sei die Auseinandersetzung mit der Widersprüchlichkeit der Politik von Grünen und SPD zu führen. Zweitens müsse zur Kenntnis genommen werden, dass die klassischen sozialstaatlichen Regelungen vor dem Hintergrund tiefreichender Veränderungen in den Produktionsmethoden nicht mehr den Realitäten entsprechen. So sei ein zentraler Gesichtspunkt, dass es kein Zurück zur Regulationsweise der siebziger Jahre geben könne. Man müsse die neu-

en Aspekte der „Wertschöpfung vom Betrieb bis zu den Finanzmärkten“ im Blick haben. Die Kernauseinandersetzung dürfte, so der Referent, die um die Kapitalkonzentration sein.

Es habe sich aber auch in diesem Kontext eine „materielle Grundlage für neoliberale Hegemonie“ entwickelt. Es sei zu ergründen, welche Konsequenzen das habe. Davon ausgehend müsse man, drittens, den Menschen, die in diese Veränderungen eingebunden sind, die Widersprüchlichkeit ihrer Situation bewusst machen. Diese Fragestellung wurde im weiteren Verlauf der Veranstaltung von Frigga Haug ausführlicher aufgegriffen.

In der Diskussion wurde von vielen TeilnehmerInnen unterstrichen, dass hinter der Klärung der Begriffe tatsächlich eine Debatte um grundsätzliche gesellschaftspolitische Zielstellungen stehe. Die WASG sei, so eine der vertretenen Meinungen, nicht aus einer sozialistischen, sondern aus einer sozialen Bewegung erwachsen. Daraus resultierten verschiedene Konzepte von Widerstand wie auch unterschiedliche Zielvorstellungen. Dies treffe erst recht im Vergleich von Linkspartei und WASG zu. Es gehe also jetzt darum, Voraussetzungen für ein Bündnis in einer Breite zu schaffen, wie es in den bisherigen Parteiprojekten und Bewegungen kaum stabil habe funktionieren können. Dabei müssten die Bändigung des Kapitalismus und die Kritik des Kapitalismus gleichermaßen berücksichtigt werden. Unter diesem Gesichtspunkt wurde von einigen TeilnehmerInnen die Definition des demokratischen Sozialismus bei Klein als zu eng betrachtet. Man solle auch eine „fundamentale“ Ablehnung der heutigen Verhältnisse deutlich machen und die Frage der Vergesellschaftung aufwerfen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Möglichkeiten und Grenzen von Regierungsbeteiligungen diskutiert. Wie könne, so eine der Fragen, eine linke Partei in die Regierung gehen und dabei gleichzeitig handlungsfähig bleiben, wie macht man aus Regierungsbeteiligung einen transformatorischen Prozess? Regierungsbeteiligungen, so eine Forderung, müssten „Räume für Bewegung“ schaffen. Die bisherigen Erfahrungen mit den Regierungsbeteiligungen der PDS könnten hier noch keine Antworten geben. Aus der Sicht einiger TeilnehmerInnen seien die durch die Bundespolitik gesetzten Rahmenbedingungen derzeit einfach zu eng, um aus Regierungsbeteiligungen Impulse für emanzipatorische Bewegungen oder Transformationsprozesse gewinnen zu können. Die Bedingungen für die Konstituierung von Gegenmacht müssten unter dem Gesichtspunkt des Kampfes um gesellschaftliche Hegemonie daher breiter gefasst werden und auf einen „großen Wurf“ gerichtet sein. Alternativen müssten neu formuliert und dabei gleichzeitig die Transition gedacht werden. Es sei die hohe Kunst, wieder einmal Ziel und Weg gleichzeitig entwickeln zu können. Daher dürfe schließlich die Begriffsdebatte bei aller Wichtigkeit auch nicht die weitgehenden Gemeinsamkeiten überlagern.

Bernd Riexinger untersuchte in seinem Beitrag Anforderungen an Regulierungskonzepte. Er benannte mehrere Felder, auf denen die Deregulierung besonders problematisch sei. Erstens sei dies die Erosion des Flächentarifs. Im Einzelnen ginge es hier um den Verlust der Leitfunktion bestimmter Bereiche

für das gesamte Tarifsystem, wobei sich vor allem die Entgelte und die Arbeitszeiten als Hauptangriffspunkte der Unternehmer und ihrer Verbände erwiesen hätten. Weiterhin hob er die Verbetrieblung der Tarifpolitik und die Nichteinhaltung bestehender Tarifverträge als Elemente der Erosion des Flächentarifs hervor. Ein zweites Problemfeld stelle die Deregulierung des Arbeitsmarktes dar. Die Hartz-Gesetze, der entstandene Niedriglohnsektor, die Ausweitung prekärer Beschäftigung und der Umbau der Bundesanstalt für Arbeit hätten die Position der Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt direkt geschwächt und wirken indirekt in viele Bereiche der Gesellschaft. Als drittes Moment nannte der Referent die „Deregulierung durch Privatisierung“. Dadurch seien immer mehr Bereiche in die Profitlogik einbezogen, Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen befördert sowie die Möglichkeiten demokratischer Kontrolle verringert worden. Es sei zu einem tiefgreifenden Verlust staatlicher Steuerungsmöglichkeiten gekommen. Viertens schließlich gehöre hierzu auch die Teilprivatisierung sozialer Sicherung.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen stellte Riexinger Gegenansätze zu den von ihm benannten Tendenzen vor. Unter den Forderungen, die formuliert wurden, seien hier die nach einem Mindestlohn, nach der Reaktivierung einer Politik der Arbeitszeitverkürzung sowie nach Ausdehnung der Mitbestimmung als Einstieg in eine wirtschaftsdemokratische Richtung bei Erweiterung gesellschaftlicher Interventionsmöglichkeiten genannt. Hartz IV müsse zurückgenommen werden. Es ginge darum, den ursprünglichen Ansatz des Arbeitsförderungsgesetzes in seinem positiven Gehalt aktiver Beschäftigungspolitik wiederaufleben zu lassen und den Stellenwert von Qualifizierung und beruflicher Rehabilitation zu erhöhen. Wesentliche Bereiche dürften nicht privatisiert bzw. müssten deprivatisiert werden. Es sei ein gesellschaftlicher Diskurs darüber, was öffentlich sein solle und dessen Demokratisierung erforderlich. Dies schließe die „Resozialisierung der Sozialsysteme“ ein. Die Gegenansätze dürften sich aber nicht auf die nationale Ebene beschränken. Auch auf der EU- und der globalen Ebene sei eine Regulierung erforderlich. Bei ihren Projekten sollte sich die Linke von der Ausfüllung des Begriffs soziale Gerechtigkeit leiten lassen und diese aus der Realität des Widerstandes entwickeln. Dabei müsse man sich im Klaren darüber sein, dass es keine nichterkämpften Kompromisse mehr geben werde. Es ginge daher auch und nicht zuletzt um, die Ablehnung des neoliberalen Kurses im Allgemeinen in individuelles Handeln umzusetzen. Zu oft sei die Ablehnung im Großen mit dem neoliberalen Mainstream entsprechenden individuellen Überlebensstrategien im Kleinen verbunden. Aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes komme es in Entscheidungssituationen zu Spaltungen in den Belegschaften. Dieser Widerspruch müsse durch linke Organisationen deutlicher thematisiert werden.

Frigga Haug setzte sich sodann mit dem Thema der „politischen Subjekten des Neoliberalismus“ auseinander. Sie hob hervor, dass nicht nur Vereinigungen politische Subjekte seien, sondern auch die Menschen als Individuen selbst. Das Problem bestehe darin, das Menschen in sich selbst widersprüchliche Auffas-

sungen tragen können, dass sie anders handeln als sie denken. Durch die Nutzung des „Vokabulars der Emanzipation“ habe es so Hartz geschafft, ein „neoliberales System“ zu schaffen, neoliberale Hegemonie durchzusetzen. Die Entgegensetzung von Kollektivität und Individualität sowie die Verdinglichung von Menschen und die Vermenschlichung von Dingen („atmende Fabrik“, „intelligente Arbeitszeitmodelle“) seien wichtige sprachliche Momente dabei. So sei ein Defizit an Wahrnehmungs- und Übersetzungsfähigkeit, eine Unfähigkeit zu Selbsterkenntnis zu beklagen. Fehlendes Bewusstsein der Unterdrückung, Persönlichkeitsveränderungen in der Prekarität und das neue alte Frauenbild seien Alarmzeichen. Die Saat des Neoliberalismus sei, vor allem mit Blick auf die Jugend, aufgegangen.

Haug bezeichnete es als Aufgabe linker Bewegung, den Alltag der Einzelnen mit dem Erleben von Kollektivität, Solidarität und Gesellschaftsveränderung zu verbinden. Die Linke müsse so die „Krise der repräsentativen Demokratie in eine des Kapitalismus überführen“. Wichtig sei es „Unten“ die Möglichkeit zum Sprechen zu geben und davon ausgehend neue Wege der Vermittlung sozialer Interessen zu finden. Unter diesem Gesichtspunkt sei der in der Linkspartei gebrauchte Terminus des „Mitte-Unten-Bündnisses“ kritisch zu prüfen. Besser sei möglicherweise, den damit verbundenen Bündnisgedanken in ethischen Kategorien auszudrücken. Auch können sie sich keine Neuerfindung des Sozialstaates vorstellen, vielmehr müssten Alternativen gefordert werden, die mit der Logik des Kapitals brechen.

Auch Michael Brie wählte die Widersprüchlichkeit des gesellschaftlichen Bewusstseins und darüber hinaus die sich darin spiegelnde Widersprüchlichkeit des neoliberalen Projektes selbst als Ausgangspunkte seines Beitrages. Dabei konstatierte er vier Stärken des Neoliberalismus: er habe sich Legitimität durch die Freisetzung enormer Produktivität und die wenn auch selektive Erweiterung von individueller Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Partizipation erworben; er schließe seiner sozialen Grundlage nach ein Bündnis von neoliberalen Herrschaftseliten mit hoch qualifizierten Informations- und KommunikationsarbeiterInnen ein und sei so als sozial und kulturell verankertes Projekt zu sehen; er hat sich als umsetzbar und machbar präsentieren können; schließlich scheint die neoliberale Politik ihre Bestätigung in den scheinbar von ihr unabhängigen Bewegungen der Finanzmärkte zu finden. Diese Stärken seien jedoch untrennbar mit vier Schwächen verbunden: Es sei erstens eine „Ökonomie der Enteignung“ entstanden, die zivilisatorische Errungenschaften der bürgerlichen Epoche, wie sie durch Aufklärung, französische Revolution und sozialistische Bewegung repräsentiert werden zurückdrängt. Anstelle einer Dreieinigkeit von sozialen Grundrechten, demokratischer Partizipation und Frieden werde eine „barbarische Trinität von Klassengesellschaft, Autoritarismus und globaler Diktatur“ durchgesetzt. Zweitens spalte der Neoliberalismus in den Zentren die sozialstaatlich integrierte Mittelstandsgesellschaft wieder in offene Klassengesellschaften und beende alle Versuche, in den Entwicklungsländern die tiefen Klüfte zwischen den Klassen zu schließen. Drittens errichte der Neoliberalismus ein

unilaterales und multilaterales Imperium, in dem Widerstände durch ökonomischem, politischem und zunehmend auch wieder militärischem Druck unterdrückt werden. Viertens schließlich verliere die geschaffene Alternativlosigkeit ihre hegemoniale Kraft in dem Maße, in dem sie illegitim, unsozial und gefährlich werde. Sie werde dadurch zu einer Macht, die sich immer weniger auf Überzeugung und Ausstrahlung als auf bloße Gewalt stützen könne. Trotz oder gerade wegen der zunehmenden Tendenz zur Repression verliere aber die „geschaffene Alternativlosigkeit“ an Bindungskraft. Es stelle sich die Frage nach den Perspektiven der Gesellschaft neu: komme es zu einer Wiederbelebung der „Dritten Wege“, gehe die Krise in Formen totalitärer Herrschaft über, gewännen deutliche Alternativen zum Kapitalismus an Gewicht? Mit den hier entstehenden Widersprüchen müsse die Linke lernen, produktiv umzugehen. Es bedeute immer einen Kompromiss, im Rahmen der gegebenen Gesellschaft politisch zu agieren. Daher sei eine Diskussion um „Einstiegsprojekte“, die bewusst an die Gegebenheiten anknüpfen, aber in ihren Konsequenzen genauso bewusst über das Heutige hinausweisen und so die Lösung von Gegenwartsfragen bewusst mit der Eröffnung neuer Handlungsfelder verbinden, richtig. Man könne den Kampf gegen den Neoliberalismus nicht von dem „Wie weiter danach“ trennen. Jede politische Aktion verändere Bedingungen politischen Handelns, eröffne Möglichkeiten, schließe aber auch andere Möglichkeiten aus, eröffne Bündnisoptionen, verhindere aber auch eventuell wichtige Bündnisse für die Zukunft. Sie seien daher immer auch Projekte der Verschiebung von Machtverhältnissen. Die Idee der Einstiegsprojekte verbinde inhaltliche Fragen bewusst mit Fragen des Politikstils, nicht zuletzt auch innerhalb der Linken, also nicht nur gegenüber den Kontrahenten.

Nötig, so Brie weiter, sei in den Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Hegemonie vor diesem Hintergrund ein „deutlicher Distanzbegriff zum Kapitalismus“. Hinter diesem Begriff müsse ein Projekt stehen, das höhere Produktivität mit besseren Lebensbedingungen sowie ethische Fragen mit der sozialen Frage glaubhaft verbinde.

In der abschließenden Diskussionsrunde stand die Frage im Mittelpunkt, wie man ausgehend von der Analyse der Stärken und Schwächen der neoliberalen Politik Ansätze für politisches Handeln finden könnte. Es wurde darauf verwiesen, dass es in der Gesellschaft viele Ansätze von Selbstorganisation gäbe, die hier zu nutzen seien. Dieser Teil der Realität dürfe nicht unterschätzt werden. Gefordert wurde, durch Netzwerkarbeit in den Gewerkschaften eine Politisierung zu erreichen. Selbstorganisation und Netzwerkarbeit sei vor allem auch wichtig, um der täglichen Desinformation durch die großen Medien eigene Sichtweisen entgegenzusetzen und Alternativvorstellungen überhaupt bekannt machen zu können.

In besonderer Kritik stand die Praxis der Regierungsbeteiligung der Linkspartei in Berlin. Es wurde die Frage gestellt, was Menschen lernen, wenn sie die Regierungsbeteiligung erleben - sie lernen, dass der neoliberale Kurs offensichtlich auch durch Linke nicht zu brechen sei. Wie auch durch die Realität der betrieb-

lichen Bündnisse für Arbeit würden Thesen, wie die, dass Lohnverzicht und Verzicht auf Schutzrechte Arbeitsplätze sichere, durch die praktische Politik der Koalition von SPD und Linkspartei in den Augen vieler Menschen legitimiert. Auch auf diesem Forum wurden so schließlich mehr Fragen als Antworten formuliert.

Begrüßt wurde, dass auch auf diesem Forum das gegenseitige Kennenlernen von Positionen „der Anderen“ eine große Rolle spiele. Es zeige sich immer wieder, wie wenig verschiedene Strömungen der Linken Positionen anderer Teile der Bewegung kennen und wie stark hier von Medien vermittelte Zuschreibungen das Bild der Anderen prägen. So ist die Realität des politischen Handelns der Linkspartei auf den Ebenen vom Bundestag bis in die Gemeinde weitgehend unbekannt und reduziert sich weitgehend auf die skandalträchtigen Aspekte der Regierungsbeteiligungen.

Viele Fragen, so etwa die der Regierungsbeteiligung, zu realistischen Möglichkeiten bzw. Wegen der Deprivatisierung oder zu Alternativen im Sozialen werden in den Folgeveranstaltungen aufzugreifen bzw., wie im Falle der Alternativen im Sozialen (zu diesem Thema fand das erste der Gesellschaftspolitischen Foren am 8.10. statt), zu vertiefen sein. Es lohnt sich also, um Begriffe zu streiten - der Streit zeigt eigene Stärken und Schwächen, wirft neue Fragen auf und hilft, Gemeinsamkeiten, Differenzen und damit eine neue gemeinsame Identität zu finden.

Lutz Brangsch

Das 4. Forum: In der Stagnationsfalle Perspektiven kapitalistischer Entwicklung

Der Workshop wurde gemeinsam vorbereitet und durchgeführt von Helle Panke, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Redaktion Sozialismus und WISSENTransfer. Sie fand in den Räumen der "Hellen Panke" in Berlin im Rahmen der Veranstaltungsreihe – Gesellschaftspolitische Foren – statt.

Die Veranstaltung stieß auf starkes Interesse, das sich in der Teilnahme von über 70 Personen und in der lebhaften, teilweise recht kontroversen Diskussion äußerte. Der Workshop war nach drei Komplexen strukturiert:

- **In der Stagnationsfalle** – Kapitalismus in der langen Frist und die Aktualität von Keynes, mit einem Einführungsvortrag von Karl Georg Zinn und kürzeren Beiträgen von Harry Nick und Klaus Steinitz
- **Ungleichheit, Unsicherheit, Risiken** – Die Kosten entfesselter Finanzmärkte, mit einem Einführungsvortrag von Jörg Huffs Schmid
- **Wege aus der Stagnation** - Alternativen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, mit einem Einführungsvortrag von Joachim Bischoff.

Es erwies sich als vorteilhaft, dass die einleitenden Vorträge problemorientiert und zeitlich konzentriert vorgetragen wurden, sodass mehr als die Hälfte der Zeit für die Diskussion zur Verfügung stand.

Vorträge und Diskussion gaben den Teilnehmern Anregungen für ihre Arbeit und vor allem Stoff für weitere Diskussionen und auch für weitere Veranstaltungen zur Vertiefung der diskutierten Themen, speziell der mit der Bedürfnisentwicklung und Sättigungstendenzen verbundenen Fragen.

Die aufgeworfenen Probleme erwiesen sich als wichtig für den weiteren inhaltlichen Klärungsprozess innerhalb der Linken, insbesondere zur Frage, auf welche wirtschaftlichen Bedingungen und Probleme sie sich langfristig einstellen muss, welche Art Alternativen zur neoliberalen Politik benötigt werden, und inwieweit das Studium von Keynes dabei helfen kann. In der Diskussion wurde auch deutlich, dass sich noch heute die unterschiedlichen Theorietraditionen der ost- und der westdeutschen Linken deutlich bemerkbar machen und nicht selten dazu führen, dass Missverständnisse bei der Verwendung bestimmter Begriffe entstehen und aneinander vorbei geredet wird.

Im Vordergrund des Vortrages von Karl Georg Zinn zum **ersten Komplex** stand die Frage, inwieweit die langfristige wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus seit etwa den 1970er Jahren durch Stagnationstendenzen gekennzeichnet wird, die auch und noch verstärkt für die Zukunft bestimmend sein werden, wie diese Tendenzen in den Arbeiten von Keynes begründet werden und welche grundlegenden Konsequenzen Keynes für wirtschaftspolitische Antworten aus der langfristigen Tendenz der Sättigung und Stagnation zog.

Stagnation in diesem Zusammenhang wurde von Zinn als eine lang anhaltende, d.h. über mehrere Konjunkturzyklen hinweg feststellbare Absenkung der

Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) unter das gesamtwirtschaftliche Wachstum der Arbeitsproduktivität verstanden. Es handelt sich also um ein Trendgeschehen. Die Beschäftigungsschwelle vom Wachstum wird im Trend nicht mehr erreicht, so dass es zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit kommt. Hinsichtlich den Wirkungen von Krise und Stagnation hob Zinn einen entscheidenden Unterschied z.B. zur Weltwirtschaftskrise 1929/33 hervor: Infolge der Globalisierungspolitik wurden die Folgen der Krise für die Kapitalverwertung nicht nur entschärft, sondern es wurden sogar günstigere Bedingungen für die Gewinnerzielung geschaffen, als sie vor Eintritt in die Stagnationsphase bestanden. Diese Feststellung wurde in der Diskussion von Stefan Krüger relativiert, indem er darauf hinwies, dass empirische Analysen zur Entwicklung der Profitrate in der letzten Zeit keine signifikante Steigerung feststellen lassen. Charakteristisch sei eine zunehmende Differenzierung der Renditen zwischen den großen, weltmarktorientierten Kapitalgesellschaften mit hohen und steil ansteigenden Renditen und der Masse der KMU. Zinn betonte, dass wesentliche Folgen der dauerhaften Wachstumsabschwächung in einem verschärften Wettbewerb mit einer Verschiebung vom Wachstums- zum Verdrängungswettbewerb sowie in erheblich verstärkter Umverteilung von unten nach oben bestehen.

Einen zentralen Platz nahm bei Zinn die Begründung der langfristigen Stagnation durch Keynes im Zusammenhang mit Sättigungsprozessen ein. Er hob dabei hervor, dass das Keynesische Theoriegebäude nicht im Widerspruch zur Marxschen Überakkumulationstheorie steht, sondern anders gewichtet, indem die Nachfrageseite in wohlhabenden kapitalistischen Gesellschaften als eigenständige Einflussgröße der Krisenentstehung gesehen wird. Es bedeutet für die Massennachfrage einen entscheidenden Unterschied, ob die Entwicklung von einem Armutsniveau der Gesellschaft ausgeht oder bereits ein hohes Wohlstandsniveau erreicht wurde, an dem ein erheblicher Teil der Gesellschaft teil hat. Die Eigenständigkeit der Nachfrage im Krisenprozess steht nicht im Widerspruch zu Marx' Sichtweise, dass Nachfrageprobleme erst infolge von überakkumulations-theoretisch erklärbaren Störungen des Produktionsprozess' auftreten, d.h. Zirkulation und Distribution von der Produktion her bestimmt seien.

Relative Sättigung sieht Zinn als auslösendes Moment der Stagnation und zugleich als ihre langfristig wirksame Determinante. Er hebt dabei hervor, dass relative Sättigung als Erklärungsgrund für Massenarbeitslosigkeit in dem Maße in den Hintergrund tritt, wie sich infolge der sättigungsbedingten (primären) Wachstumsabschwächung Entlassungen, Verluste an Massenkaufrkraft und dadurch bedingte weitere Nachfragereduktion (und Abnahme der nachfrageinduzierten Investitionen) zu einer Abwärtsspirale kombinieren. Zinn hob drei wirtschaftspolitische Maßnahmenbündel hervor, die Keynes für notwendig ansah, um Vollbeschäftigung auch unter Bedingungen der Stagnation zu erreichen. Sie zielen im Kern auf andere Verteilungsstrukturen:

1. Ausweitung des "sinnvollen" Konsums und Absenkung der volkswirtschaftlichen Sparquote durch Einkommens- bzw. Kaufkraftnivellierung im Privatsektor.
2. Umstellung der Ausgabenstruktur zugunsten der öffentlichen Leistungen.

Dies erfordert eine höhere Staats- bzw. Steuerquote – etwa im Sinn des Wagner-schen Gesetzes.

3. Arbeitszeitverkürzungen in verschiedenen Formen, also Umverteilung von Arbeit.

Keynes' Politikempfehlungen wurden jedoch nur vereinzelt, in wenigen Ländern – beispielsweise in Schweden – und auch dort nur teilweise umgesetzt.

In seinem Beitrag legte Harry Nick seine Auffassung zur Bedürfnisentwicklung dar und polemisierte gegen die von Zinn begründeten Vorstellungen der Bedürfnissättigung und der darauf beruhenden langfristigen Tendenz der wirtschaftlichen Stagnation im gegenwärtigen Kapitalismus. Nick ging davon aus, dass die These von der fortschreitenden Sättigung menschlicher Bedürfnisse das Schlüsselargument für die Ablehnung des Wirtschaftswachstums sei und legte die Hauptgründe dafür dar, dass von einer solchen fortschreitenden Sättigung menschlicher Bedürfnisse keine Rede sein könne.

Erstens werden selbst elementare Bedürfnisse der Mehrheit der Weltbevölkerung, zu geringerem Teil auch in den reichen Ländern, unzureichend befriedigt. Es haben in Deutschland nicht fast alle von fast allem genug. Und "fast alle" sind eben nicht "alle", wie es eine gerechte Gesellschaft verlangt.

Zweitens müssen die notwendigen Trendwenden vornehmlich durch Befriedigung neuer Bedürfnisse mit neuen Arbeitsfeldern bewältigt werden, durch Umstellung der Ressourcenlagen, durch neue Dimensionen in der Nutzung geistiger Ressourcen und durch fortschreitende Umstellung der Stoff- und Energiequellen auf nachwachsende und solare Quellen.

Drittens erweitert technischer Fortschritt die Bedürfnishorizonte; latente Bedürfnisse, die im Reich der Phantasie schlummern, werden durch ihn in den Bereich des real Möglichen gerückt.

In der Diskussion setzte sich Norbert Reuter mit den Thesen von Nick zur Frage der Bedürfnissättigung und Bedürfnisentwicklung sowie mit seiner Interpretation der Auffassungen von Keynes und Zinn auseinander. Ein grundsätzliches Missverständnis liegt vor, wenn der Keynes'schen Theorie eine "Wende zum Weniger" unterstellt wird. Demgegenüber lässt sich die Keynes'sche Lehre als eine "Theorie des Genug" charakterisieren: Aufgrund einer nachlassenden Konsumdynamik, die hinter den Produktionsmöglichkeiten zurück bleibt, ergibt sich ein Outputüberschuss. Sättigung bedeutet nicht – zumindest nicht notwendigerweise – eine Obergrenze im Output, sondern eine größer werdende Kluft zwischen Produktions- und Absatzmöglichkeiten. Keynes geht nicht von einer absoluten, sondern immer nur von einer relativen Sättigung aus, die einen Anstieg der Produktion, ein Wachstum, keineswegs ausschließt. Entscheidend ist die zunehmende Kluft zwischen Produktions- und Absatzmöglichkeiten. Der Outputüberschuss kann für eine Übergangsphase durch Anreize zum vermehrten privaten Konsum, zu vermehrter privater Investitionstätigkeit und durch vermehrte öffentliche Nachfrage absorbiert werden. Langfristig sah Keynes aber die Notwendigkeit einer drastischen Arbeitszeitverkürzung auf die 15-Stunden-Woche. Bei Keynes gibt es keinerlei Tendenzen, das Wirtschaftswachstum durch politi-

sche Eingriffe zu bremsen. Seine These war, dass das Wirtschaftswachstum im Zuge der kapitalistischen Entwicklung sukzessive und über Generationen hinweg ausläuft. Die Diskussion müsse insbesondere dazu fortgeführt werden, ob und inwieweit, im Gegensatz zu den Annahmen von Keynes, eine Wirtschaftspolitik im Kapitalismus oder im Sozialismus denkbar sei, die dauerhaft, ad infinitum, Wachstum ermöglicht.

In einem weiteren Beitrag zum ersten Komplex beschäftigte sich Klaus Steinitz mit dem Spannungsverhältnis von Wachstum und nachhaltiger Entwicklung. Er hob die Notwendigkeit hervor, bei der Diskussion der langfristigen Stagnationstendenzen stärker die mit der den Naturressourcen und den Umweltbedingungen verbundenen Angebotsfaktoren zu beachten. Mit der Länge der betrachteten Zeiträume wird der Einfluss der hiermit verbundenen Faktoren, insbesondere der Energie und anderen Rohstoffe sowie der umweltschädlichen Emissionen auf das Wachstum spürbar zunehmen. Der Einfluss der Lohnstückkosten und Energiestückkosten wird sich weiter in Richtung eines höheren Gewichts der letzteren verschieben. Bei der Bewertung der Wachstumsperspektiven muss beachtet werden, dass die Konflikte zwischen Wachstum und Umwelt im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts eine neue Qualität und Dimension erreicht haben. Im Zusammenhang mit den von Zinn begründeten langfristigen Tendenzen der Sättigung und der wirtschaftlichen Stagnation gewinnt der langfristige Übergang zu einem neuen Typ der Wirtschaftsentwicklung an Bedeutung, der in den Industrieländern ohne weiteres materiell-stoffliches Wachstum eine Verbesserung der Lebensqualität, die Verwirklichung des Rechts auf existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherheit ermöglicht. Das Grundproblem in den Beziehungen zwischen Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit ist nicht das Wachstumstempo sondern der Inhalt, die Qualität und Struktur des Wachstums und des gesamten Reproduktionsprozesses. Vorrangig geht es um Innovationen, Effizienzsteigerung, Strukturveränderungen und konsequentere Orientierung an den Bedürfnissen der Menschen.

In seinem Vortrag zum **zweiten Komplex** beschäftigte sich Jörg Huffs Schmid mit den Problemen und verheerenden Wirkungen entfesselter Finanzmärkte. Er charakterisierte insbesondere die auf sie zurückgehenden Veränderungen im Wirtschaftsgeschehen: (1) ihre destabilisierenden und krisenverschärfenden Wirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung vor allem von Ländern der Dritten Welt, (2) die negativen Folgen der mit der Dominanz des Shareholder value verbundenen Orientierung auf kurzfristig zu erzielende maximale Gewinne und Aktienkurse ohne Rücksicht auf die langfristigen Perspektiven der Unternehmen und der Belegschaften sowie (3) die Nutzung ihrer ökonomischen Macht, um die Politik ihren Interessen unterzuordnen und entsprechende Regelungen durchzusetzen. Heute wird die frühere gegenseitige Abhängigkeit von Staat und Wirtschaft zunehmend von der einseitigen Durchsetzung der Interessen der Konzerne und Finanzinvestoren gegenüber Staat und Gesellschaft abgelöst nach der Devise, entweder ihr unterstützt uns, so wie wir das für nötig halten – Steuerbe-

günstigung, Deregulierung des Arbeitsmarkts, Senkung der Lohnnebenkosten – oder wir gehen weg und ihr geht unter.

Huffschmid wies auch nach, dass Staat und Gesellschaft nicht hilflos der Macht und Willkür der liberalisierten internationalen Finanzmärkte ausgeliefert sind.

Tobin Steuer, Kapitalverkehrskontrollen, die im EU Vertrag ausdrücklich zugelassen sind, die Erhebung einer Steuer bei Unternehmensverlagerungen ins Ausland ("Verlagerungssteuer") u.a. Maßnahmen zeigen bisher nicht genutzte Möglichkeiten der Nationalstaaten und der EU.

In der lebhaften Diskussion ging es u.a. um die Spielräume nationaler Wirtschaftspolitik, um die Frage nach der Herausbildung einer internationalen Durchschnittsprofitrate, um die ökonomische Charakterisierung des zeitweise sprunghaften Anstiegs der Aktienkurse und um die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse als Voraussetzung, um Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte durchsetzen zu können. Huffschmid hob als übergreifende Aufgabe hervor, dass es gelte, durch eine den Binnenmarkt und die Schaffung von Arbeitsplätzen stärkende Verteilungs- und Arbeitszeitpolitik die Blockierung des Wirtschaftswachstums aufzubrechen. Nach seiner Meinung gebe es keinen internationalen Ausgleich der Profitraten zu einer Durchschnittsprofitrate. Der beträchtliche Anstieg der Aktienkurse, ihre Abkopplung von den zugrunde liegenden realen Vermögenswerten, sei Ausdruck einer stark inflationären Entwicklung.

Zum **dritten Komplex** des Workshops hielt Joachim Bischoff den einleitenden Vortrag. Bei der Erörterung der Wege aus der Stagnation sollten die von Keynes begründeten drei Maßnahmenkomplexe, die im Vortrag von Zinn genannt wurden, im Vordergrund stehen. Sie müssten noch durch einen vierten ergänzt werden, die Regulierung der Finanzmärkte und der Vermögenswerte.

Bischoff beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der Problematik einer relativen Erfolglosigkeit von Alternativen, obgleich es eine lange Tradition der Ausarbeitung alternativer wirtschaftspolitischer Vorschläge gibt. So beging die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, die jedes Jahr ein alternatives wirtschaftspolitisches Memorandum vorlegt, vor kurzem ihr 30-jähriges Jubiläum. Um aus dieser Situation herauszukommen ist das Aufbrechen der neoliberalen Hegemonie entscheidend.

Bei den gegenwärtigen Problemen des Kapitalismus und speziell der wirtschaftlichen Stagnation geht es nicht um Alterserscheinungen. Wir leiden nach seiner Meinung nicht an einem Altersrheumatismus, sondern darunter, dass wir mit der Schnelligkeit der Veränderungen nicht fertig werden. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass der Blick auf die tektonischen Veränderungen, die sich in den letzten Jahrzehnten durchgesetzt haben, noch nicht klar genug ist. Unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus führt das hohe Produktivitätsniveau, die Ökonomie des Reichtums und des relativen Überflusses nicht zu einem allgemeinen Wohlstand und hohen Niveau der Bedürfnisbefriedigung aller Menschen, sondern zu einer zunehmenden Kluft zwischen den gewaltigen Produkti-

vitäts- und Produktionspotenzialen und ihrer Nutzung im Interesse der Menschen.

In der Diskussion standen insbesondere folgende Fragen im Vordergrund: der steile Anstieg der Vermögen und der Vermögenseinkommen trotz geringen Wirtschaftswachstums, die außerordentlich hohe Vermögenskonzentration, die zunehmenden Polarisierung zwischen Reichen und Armen sowie der Abbau der Rechte der abhängig Beschäftigten bei der Mitbestimmung über Fragen, die über ihre zukünftige Arbeit und ihr Leben entscheiden. Daraus wurde abgeleitet, dass Forderungen nach einer anderen Verteilung und Umverteilung, nach Wirtschaftsdemokratie sowie nach einer dem Marktradikalismus entgegengesetzten gesellschaftlichen Regulierung im Vordergrund der Auseinandersetzungen mit der gegenwärtigen neoliberalen Politik stehen müssen. Bischoff hob hervor, dass es darauf ankomme, die soziale Sicherheit eng mit den Forderungen nach einer neuen Qualität und Dimension ökonomischer Regulierung zu verknüpfen. Wenn es nicht gelingt, Grundrichtungen der ökonomischen Entwicklung, der Verteilung und Verwendung des Produzierten zu regulieren, besteht die reale Gefahr der Zerstörung der Gesellschaft.

Der Workshop machte deutlich, dass es einen starken Diskussionsbedarf zu den Fragen gibt, die im Zentrum der Vorträge standen. Es wurde auch deutlich, dass es immer wieder notwendig ist, die verwendeten Begriffe eindeutig zu bestimmen, um soweit wie möglich Missverständnisse und unnötige Polemik zu vermeiden. Das betrifft besonders solche Begriffe, die in sich widersprüchlich sind oder auch unterschiedlich verwendet werden, wie Bedürfnis und Bedarf, Sättigung, Überfluss, Stagnation. Es trifft auch auf den Wachstumsbegriff zu.

Bei der Fortführung der Diskussionen um diese Fragen sollten die gesamte Problematik der Umwelt und der ökologischen Nachhaltigkeit, die globale Dimension und die Nord-Süd Problematik sowie vor allem auch die Probleme, die die Akteure der notwendigen Veränderungen betreffen, stärker berücksichtigt werden.

Klaus Steinitz

Das 5. Forum: Linker Parlamentarismus und außerparlamentarische Bewegung

Der erfolgreiche gemeinsame Auftritt von Linkspartei.PDS und WASG zur Bundestagswahl mit der Folge der Präsenz einer starken Linksfraktion im Bundestag hat die Frage des Zusammenspiels von außerparlamentarischer Bewegung (Gewerkschaften, Sozialverbände, globalisierungskritische Bewegung etc.) und parlamentarischer Linke wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Während für viele politische Akteure aus Linkspartei.PDS und WASG das Wechselspiel von sozialem Druck und Präsenz im politischen Raum eine unabdingbare Voraussetzung für das Zurückdrängen des Neoliberalismus und damit eine Veränderung der Kräfteverhältnisse im Land ist, bleiben Teile der politischen Linken auf Distanz und befürchten Verselbständigungstendenzen, sobald der politische Raum betreten wird oder sehen in einer von den sozialen Bewegungen getragenen Fundamentalopposition den einzig gangbaren Weg für eine Veränderung der Gesellschaft.

Dieses breite Spektrum der politischen Linken war präsent bei dem von der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, *Redaktion Sozialismus* und *WISSENTransfer* organisierten Gesellschaftspolitischen Forum »Linker Parlamentarismus und außerparlamentarische Bewegung« am 21. Januar in Düsseldorf. Unter den gut 250 TeilnehmerInnen – Abgeordnete der Linkspartei aus dem Europaparlament, dem Bundestag, dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Stadträte aus NRW, Mitglieder der Linkspartei.PDS und der WASG, GewerkschafterInnen, AktivistInnen der Sozialforen, von Attac, von Erwerbsloseninitiativen, Friedensgruppen wie Pax Christi und Migrant*innenorganisationen – entwickelte sich eine z.T. sehr kontroverse Debatte über die verschiedenen Facetten des Themas (Spielräume nationalstaatlicher Politik, Stellenwert parlamentarischer Arbeit und eines radikalen Reformismus, Rolle und Erfahrungen linker Kommunal-, Landes- und Bundespolitik etc.)

Das Forum war als Ratschlag organisiert. Im Eröffnungsplenum umrissen sieben ImpulsgeberInnen die Themen der Arbeitsgruppen, in denen die TeilnehmerInnen die Möglichkeit zu intensiven Debatten hatten. Kritisch muss angemerkt werden, dass im Schlussplenum mehrfach die Berichterstattung aus den AGs bemängelt wurde und nur unzureichend Raum für die Auswertung der Diskussionsergebnisse aus den Arbeitsgruppen blieb.

Den inhaltlichen und stimmungsmäßigen Auftakt der Veranstaltung bildete der kurze Bericht einer Abordnung der Kollegen der Düsseldorfer Firma Gate Gourmet über ihren bis dahin bereits 107 Tage währenden Streik. Sie erhielten große Unterstützung, die sich nicht zuletzt in einem Spendenbeitrag von 741 Euro niederschlug.

Im Verlauf der Tagung beschäftigten sich ImpulsgeberInnen und TeilnehmerInnen immer wieder mit den Möglichkeiten und Grenzen linker Parlamentsarbeit sowie dem Spannungsverhältnis von parlamentarischer Arbeit und außerparla-

mentarischer Bewegung. *Ulla Jelpke*, MdB, nannte die Bundestagsfraktion »Sprachrohr der Bewegung«. Ihr Kollege *Paul Schäfer* sah die Verankerung der Fraktion in den Basisbewegungen als Garanten für linke Politik. Die Übernahme von Regierungsverantwortung auf kommunaler, Landes- oder gar Bundesebene war Gegenstand zweier Arbeitsgruppen. *Angelika Gramkow*, Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, vermittelte, wie sie und ihre MitstreiterInnen sich nach acht Jahren Opposition und Druck auf die Landesregierung von der Straße aus entschlossen, sich an der Regierung zu beteiligen. Sie erfuhren, dass dies ermöglichte, Türen für ihr eigenes politisches Wirken, aber auch für Basisinitiativen zu öffnen. *Hermann Dierkes*, Vorsitzender der Ratsfraktion »Die Linke/Offene Liste« in Duisburg, berichtete, wie die Linken in NRW vor 25 Jahren die Kommunalpolitik entdeckten und mit welchen Problemen sie sich heute herumschlagen. Er beklagte die fortschreitende Beschränkung der Handlungskompetenz der Kommunalparlamente und damit auch der Möglichkeiten der heute 120 linken »Kommunalos« in NRW, etwas für die BürgerInnen zu erreichen.

Als zentrales Thema der Veranstaltung erwies sich sowohl in der Arbeitsgruppe »Rolle der alten und neuen sozialen Bewegungen im außerparlamentarischen Widerstand gegen neoliberale Politik« als auch in den Plenarsitzungen die Frage des Zusammenwirkens von künftiger Linkspartei, Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen. *Peter Grottian*, Politikwissenschaftler aus Berlin, vertrat dazu die These, dieses Trio sei bisher ein Torso. Es komme darauf an, es besser aufzustellen und eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Die soziale Protestbewegung sei in den Jahren 2003/2004 so stark wie lange nicht mehr gewesen. Folglich gebe es gute Voraussetzungen für gemeinsame Aktionen. Echte Kooperation vollziehe sich in sozialen und politischen Konflikten zwischen den abhängig Beschäftigten sowie Ausgegrenzten und den Herrschenden. *Horst Schmitthener*, Beauftragter der IG Metall für die sozialen Bewegungen, forderte, die gemeinsamen Schnittmengen zwischen den alten und neuen sozialen Bewegungen zu finden. Beide haben gemeinsame Inhalte, agieren aber in unterschiedlichen Kampfformen. Die Stärke der Gewerkschaften bestehe in ihrer Mitgliederzahl und Mobilisierungsfähigkeit. Dies treffe zwar auch auf die neuen Bewegungen zu. Die Gewerkschaften verfügten jedoch über das zusätzliche »Spielfeld« der Betriebe und der Tarifpolitik. Er forderte die Bundestagsfraktion DIE LINKE auf, sich mit ihrem medialen Gewicht in strittige soziale Konflikte einzumischen.

Die Kontroverse über die nächsten Aktionen machte gleichzeitig den nach wie vor bestehenden Diskussionsbedarf deutlich. So sprach sich Horst Schmitthener gegen eine Großdemonstration am 25. März aus. Die Gewerkschaften seien im Februar/März mit ihrem Kampf im Öffentlichen Dienst und der Tarifrunde für den Metallbereich stark absorbiert. Hier fänden wichtige Weichenstellungen für ein Zurückdrängen des Neoliberalismus statt. Zudem beanspruche die Entwicklung des sozialen Protests gegenüber der Politik der Großen Koalition noch

Zeit. Große Teile der Bevölkerung stünden den rot-schwarzen Regierungsvorhaben zwar skeptisch, aber gleichwohl noch abwartend gegenüber, sodass eine breite Mobilisierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu erwarten ist. Er plädierte deshalb für eine Konzentration des sozialen Protests auf den Herbst.

Kontrovers auch die Debatte in der Arbeitsgruppe »Möglichkeiten von nationalstaatlichem Keynesianismus unter heutigen neoliberalen Bedingungen«, die Karlheinz Roth mit der These einleitete, dass unter den Bedingungen der Globalisierung eine »postkeynesianische«, nationalstaatliche Politik nicht mehr möglich sei. In der Gegenposition wurde darauf verwiesen, dass auch unter den veränderten Bedingungen einer stärkeren Vernetzung der nationalen Ökonomien sowohl national wie auch im Rahmen der europäischen Union durchaus Spielräume für eine Verbesserung der Situation der Lohnabhängigen und sozial Ausgegrenzten (Löhne, soziale Sicherheit, Steuern) existieren, die zugleich erste Schritte in Richtung einer weitergehenden Gesellschaftsveränderung sein können.

Im Schlussplenum diskutierten die TeilnehmerInnen der Düsseldorfer Veranstaltung eine Reihe von Empfehlungen, die in den Arbeitsgruppen teilweise sehr umstritten waren (siehe oben). Der Raum für eine ausführliche Diskussion war allerdings – wie schon erwähnt – zu knapp und das am Ende erstellte Meinungsbild nicht mehr repräsentativ, weil viele TeilnehmerInnen schon abgereist waren. Gleichwohl seien die »Empfehlungen« hier dokumentiert:

1. Obwohl der Aufruf zu zwei Demonstrationen gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie kritisiert wurde, sprachen sich die TeilnehmerInnen für eine Mobilisierung sowohl für den 11. Februar 2006 nach Berlin als auch für den 14. Februar 2006 nach Strassburg aus.
2. Nach kontroverser Debatte zum Kölner Aufruf der Vertreter von Sozialforen und Montagsdemonstranten verständigte sich die Mehrheit der Anwesenden darauf, die Demonstration gegen Sozialabbau am 25. März 2006 in Berlin durch Aufrufe möglichst vieler Organisationen zu einem gelungenen Auftakt der sozialen Proteste 2006 zu gestalten und bis zum Herbst 2006 Kräfte für eine zugespitzte Auseinandersetzung mit der Sozialpolitik der Bundesregierung zu sammeln.
3. Die Abgeordneten der Linkspartei im Bundestag wurden aufgefordert, sich an sozialen Protesten wie Verhinderung von Zwangsumzügen von Hartz IV-EmpfängerInnen, Streiks oder zivilem Ungehorsam zu beteiligen.
4. Eine Idee aus dem Kooperationsabkommen III zwischen Linkspartei.PDS und WASG aufgreifend, befürworteten die TeilnehmerInnen die Bildung gesellschaftlicher Räte auf verschiedenen Ebenen, die den Prozess der Entstehung der neuen Linkspartei beratend und kritisch begleiten sollen. Diese Strategieausschüsse des Trios – Linkspartei, Gewerkschaften, neue soziale Bewegungen – sollten von einer parteipolitisch ungebundenen Persönlichkeit geleitet und vorwiegend externe VertreterInnen aus Wissenschaft, Kunst und Kultur

umfassen. Sie sollten nicht bei der Bundestagsfraktion, sondern bei den Parteiführungen von Linkspartei.PDS und WASG angebunden sein und regelmäßig öffentlich tagen.

5. Die Unterstützung für den Prozess der Herausbildung der künftigen Linkspartei äußerte sich auch in der Forderung, zur Erreichung dieses Ziels bis zum 30. Juni 2007 jetzt einen Zeitplan mit Etappenzielen aufzustellen, der der gesellschaftlichen Linken Mitwirkung und kritische Begleitung ermöglicht.
6. Angeregt wurde die Einberufung eines weiteren Gesellschaftspolitischen Forums zu »Rolle, Funktionsweise und Grenzen des bürgerlichen Nationalstaats unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung«.
7. An die Rosa-Luxemburg-Stiftung erging die Bitte, eine Broschüre mit den Texten von Rosa Luxemburg zu bürgerlichem Parlamentarismus zusammenzustellen und herauszugeben.

Resumee: Die Aufgabe der Gesellschaftspolitischen Foren ist es, die zentralen strategischen Fragen linker Politik zu thematisieren, Unterschiede und Gemeinsamkeiten deutlich zu machen und den weiteren Diskussionsbedarf abzuklären. Die Klärung der Gemeinsamkeiten ermöglicht das gemeinsame Agieren von sozialen Bewegungen und linken politischen Parteien. Die Fortsetzung der Debatte über die nach wie vor bestehenden Differenzen gehört zum weiteren Entwicklungsprozess einer starken politischen Opposition gegen den Neoliberalismus. Insofern war auch das Gesellschaftspolitische Forum in Düsseldorf eine Schritt in Richtung einer pluralistischen, sich ihrer Stärken und Schwächen bewussten »neuen Linken« und einer neuen linken Diskussionskultur.

Peter Bathke, Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW
Bernhard Müller, Redaktion Sozialismus

Das 6. Forum: Selbstbewusste Modernisierer und der Optimismus der Straße - Was bringen Regierungsbeteiligungen der Linken? Auf jeden Fall viel Diskussionsstoff

Es ist viel von Rosa Luxemburg die Rede, wenn die deutsche Linke über Regierungsbeteiligungen diskutiert. Irgendeine Textstelle findet sich immer – für jeden Standpunkt. Vielleicht entsteht so im »Blauen Salon« am Berliner Franz-Mehring-Platz der Eindruck, die große Dame des Sozialismus würde ein wenig beleidigt zur Seite blicken. Möglicherweise ist das Porträt an der Wand neben dem Podium aber auch nur schlecht aufgehängt.

Was hätte Luxemburg zur Debatte über das Wohl und Wehe von linken Regierungsbeteiligungen gesagt? Hätte sie, wie 1901 in einer auch heute oft zitierten Artikelserie über den Eintritt des französischen Sozialisten Étienne-Alexandre Millerand in die bürgerliche Regierung Waldeck-Rousseau darauf bestanden, dass »die Sozialisten als Gegner der gesamten bestehenden Ordnung im bürgerlichen Parlament grundsätzlich auf die Opposition angewiesen sind«? Oder wäre ihr Urteil mit Blick auf die Koalitionen der Linkspartei in Berlin und Schwerin gute 100 Jahre Kapitalismus später doch anders ausgefallen? Und haben nicht auch die Recht, die für die Befürworter der Regierungsvariante den Luxemburg-Satz bemühen, nach dem die Freiheit stets auch die Freiheit der anders Denkenden ist?

Das »anders denken« über Regierungsbeteiligungen ist eine Angelegenheit, die derzeit bei WASG und Linkspartei für viel Streit sorgt. Kritiker der PDS-Politik in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern befürchten ein »friedliches Hineinwachsen in die Kapitulation«, Kritiker einer auf pure Opposition festgelegten Strategie warnen vor einer »Verweigerungshaltung«.

Beteiligung klingt wie Mittäterschaft

Von den Wortgefechten anderer Tage ist am Samstag in Berlin allerdings nur wenig zu spüren. Beim »gesellschaftspolitischen Forum« über »die Linke in Regierungsverantwortung« bleibt es zwar nicht immer sachlich, aber ruhig. Vielleicht liegt es am Titel der Veranstaltung, »Verantwortung« klingt irgendwie besser als »Beteiligung«, wo man gleich an Mittäterschaft denkt.

Um es vorweg zu nehmen: Einen Sieg kann nach zehn Stunden Debatte keine der Strömungen für sich beanspruchen. Das Forum, organisiert von der PDS-nahen Luxemburg-Stiftung, dem Netzwerk WissenTransfer und der WASG-nahen Zeitschrift »Sozialismus«, könne doch »nicht alle Fragen zum Thema linkes Regierungshandeln beantworten«, sagt Cornelia Hildebrandt von der RLS. Es sei eher ein Versuch, »sich selbst und den anderen besser zu verstehen«. Dabei soll *Dag Seierstad* helfen. Der Mann von der Sozialistischen Linkspartei Norwegens, die sich an einer Mitte-Links-Regierung in Norwegen beteiligt, sitzt da wie zum Beweis. Als nach den Wahlen im vergangenen Jahr das Bündnis

geschmiedet wurde, war auch hier zu Lande der Jubel groß. Das Beispiel aus dem Norden weckte Hoffnungen, die Parallelen waren nicht zu übersehen: Das Ende des Zeitalters der »siamesischen Zwillinge« aus Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie, deren neoliberale Politik zu deutlichen Einbußen bei Wahlen führte und einer links davon verorteten parlamentarischen Alternative Zulauf verschaffte. Seit September 2005 sitzt die SV am Kabinetttisch, ist in Schlüsselressorts wie das Finanzministerium eingezogen und freut sich über erste Erfolge.

In Optimismus verfällt Dag Seierstad deshalb aber noch lange nicht. Die »sehr vorläufige Bilanz« des SV-Vorstandsmitglieds müsste den hiesigen Regierungsbefürwortern sogar Sorgen machen: Es sei ungewiss, ob das Bündnis überhaupt hält. Und sollte die Regierung tatsächlich Erfolge vorweisen können, sei die Wahrscheinlichkeit groß, dass bei den nächsten Wahlen die Sozialdemokratie am stärksten davon profitiert. Auf der anderen Seite, sagt Dag Seierstad, könnte ein geglücktes Mitte-Links-Bündnis ja auch bei Labour zum Umdenken führen: »Selbst Sozialdemokraten können sich ändern.« Im »Blauen Salon« wird hämisch gelacht.

Kann der Blick nach Norwegen der hiesigen Debatte auf die Sprünge helfen? Wohl genauso viel oder wenig wie das Beispiel Frankreich. Die Lage der Linken dort sei nach gescheiterten Koalitionsbeteiligungen »desaströs«, sagt *Joaachim Bischoff* vom Bundesvorstand der Wahlalternative. Dass der Schritt in ein Kabinett aber automatisch zum »Auftakt einer Niederlage« und zur »Integration der Opposition in den Mainstream« führt, glaubt Bischoff nicht. Seit der Koalitionstisch drohend über der sozialistischen Linken hängt, seit Millerands Schritt in Frankreich 1899 also, habe sich schließlich viel verändert. Der Kapitalismus sei »kein fester Kristall«, das habe schon Karl Marx so gesehen. Die Frage, ob man sich an einer Regierung beteiligen soll, stellt sich also immer wieder neu. Maßgeblich sei, so Bischoff, ob ein solches Projekt dazu beiträgt, den neoliberalen Zug aufzuhalten.

Aber was heißt das? Es sind die Maßstäbe, die in der Debatte eine Verständigung so schwer machen. Was lässt sich als Erfolg des Mitregierens ausgeben? Schlimmeres verhindert zu haben? Oder muss, um gerechtfertigt zu sein, eine linke Regierungsbeteiligung die Tür in Richtung Sozialismus mindestens einen Spalt breit aufstoßen?

»Veränderung beginnt mit Opposition«

Peter Ritter hat seine ganz eigenen Erfahrungen mit solchen Überlegungen gemacht. Der Landeschef der Sozialisten in Mecklenburg-Vorpommern hat sich 1998 als einer von wenigen in der Landtagsfraktion der Stimme enthalten, als es darum ging, den Weg ins Schweriner Schloss perfekt zu machen. Bis Mitte der 90er Jahre hieß der Wahlslogan der PDS ja auch nicht ohne Grund »Veränderung beginnt mit Opposition«. Ritter hat sich irgendwann gefragt, »was kommt

danach«? Heute verteidigt Ritter Erfolge in Mecklenburg-Vorpommern, spricht über Verbandsklagerecht und Arbeitsmarktpolitik und davon, dass vieles von dem, was schon 1994 in einem PDS-Papier mit dem lustigen Namen »Regieren wie am Runden Tisch« gestanden habe, heute Realität sei.

Edeltraud Felfe sieht das anders. Die Sozialwissenschaftlerin spricht das Publikum mit »Genossen« an, lobt den Einsatz der PDS-Minister und kommt dennoch zu einem vernichtenden Urteil über die Schweriner Koalition. Ein »Politikwechsel ist derzeit objektiv nicht möglich«, sagt die Greifswalderin, es sei falsch, diese Hoffnung zu wecken. Dann führt sie Erwerbslosenzahlen an, spricht vom übermächtigen neoliberalen Bundestrend und findet: »Eine Schmerzgrenze für die Beteiligung an der Regierung lasse sich derzeit bei den Sozialisten im Nordosten nicht ausmachen.«

Das Zwiegespräch, das Felfe und Ritter dann auf dem Podium miteinander führen und in dem von persönlichen Angriffen und fehlerhaften Urteilen die Rede ist, steht symptomatisch für die Diskussion. »Die Wahrnehmung der Tatsachen hängt nun einmal von der jeweiligen sozialen Erfahrung ab«, sagt Felfe. Nicht jeder ist Minister, aber viele sind arbeitslos.

Das gilt auch in Berlin, und *Benjamin Hoff* vom Landesvorstand der Ex-PDS hat sogar eine Theorie dafür parat: Im »magischen Dreieck des gesamtpolitischen Gleichgewichts« lege jeder, Fraktion, Kabinettsmitglieder und Partei, seine eigenen Erfolgsmaßstäbe ans Regieren an. Hinzu komme »das Umfeld«, wo sich die Zahl der Kriterien, was als Erfolg zu gelten hat, zwischen sozialen Bewegungen, Lobbygruppen und Medien weiter potenziert. Während Hoff redet, stöhnen die SAV-Anhänger, als würden sie gequält. Und dann bekommt man ein Destillat der »Berliner Debatte« zu hören: Sozialticket, Hartz IV, Bankgesellschaft, Verschuldung, Wasserbetriebe, öffentlicher Dienst, Privatisierung ... Das Verhältnis zwischen Linkspartei und WASG in der Hauptstadt lässt sich mit den aktuellen Außentemperaturen am besten beschreiben. Bedingungen werden aufgestellt und empört zurückgewiesen, Foren vereinbart und wieder abgesagt. Man könnte auch sagen: eine lebhafte Debatte. Draußen vor der Tür des »Blauen Salons« werden Broschüren verteilt. »Die große Kürzungs-Koalition. Testfall für die neue Linke« steht auf einem Titel. Zu einem solchen könnte der Regierungs-Streit in der Tat werden. Niemand weiß genau, welche Folgen ein konkurrierender Antritt bei Landtagswahlen im Herbst hätte. Die Linksfraktion im Bundestag hat vorsorglich die Juristen bemüht. Die Geschäftsordnung des Parlaments nimmt auf linke Diskussionen keine Rücksicht.

Es ist keine Sache von Reformern gegen Fundis, die das »Linksbündnis« umtreibt. Das Terrain ist viel unübersichtlicher. *Axel Troost* vom Vorstand der WASG nennt sich selbst »einen absoluten Realo. Aber eben einen aus der Wahlalternative«. Auch da gibt es also Unterschiede. Troost versteht was von Finanzpolitik und Wirtschaft und lässt sich durch einfache Argumente nicht beeindrucken. Weder von der einen noch von der anderen Seite. In der Regie-

rungs-Debatte plädiert der WASG-Mann für genaues Hingucken, es seien völlig verschiedene Dinge, ob man über den Bund, Länderregierungen oder die kommunale Ebene rede. Eine Gefahr für Linke am Kabinetttisch sieht Troost in der Gewöhnung, im »muddling through«, im nur so Durchwurschteln. Danach gefragt, wie er die beiden rot-roten Koalitionen sehe, sagt Troost knapp: Den Genossen in Schwerin sei wohl »der alternative Schwung verloren gegangen« und in Berlin sieht er »ein bisschen zu selbstbewusste Modernisierer am Werk«.

Realos, Fundis, Reformer, Revoluzzer

Modernisierer, Realos, Fundis, Opportunisten, Pöstchenjäger, Gestalter, Revoluzzer – ein Koordinatensystem der Regierungsdebatte zwischen Linkspartei und WASG wäre ein heilloses Unterfangen. Das beginnt schon damit, dass die Debatte keineswegs »zwischen« beiden Parteien geführt wird, sondern in ihnen und darüber hinaus.

Versuchte man eine stark vereinfachte Ordnung, sie sähe vielleicht so aus: An einem Ende der Skala stehen die Befürworter des Mitregierens, zuletzt repräsentiert unter anderem durch einige Strategiepapiere ostdeutscher PDS-Verbände. Eine rechnerische »linke« Mehrheit (aus Linkspartei, Grünen und SPD), die das Bundestagswahlergebnis vom Herbst 2005 nahe legte, müsse bei nächstmöglicher Gelegenheit mit Leben, das heißt mit Regieren gefüllt werden. Im Übrigen führe der Weg in die Bundesregierung über die Länderkabinette – im Osten. An der WASG-Spitze findet sich das Argument in abgewandelter Form: Es mache »keinen Sinn«, heißt es in einem Papier, »auf absehbare Zeit die Aufgaben des Regierens auf kommunaler, Landes- und Bundesebene immer nur den neoliberalen Parteien zu überlassen«. Von hier aus sind die Übergänge zu jenen fließend, die Regieren als »Gestalten« ebenfalls befürworten, allerdings auch klare politische Grenzziehungen fordern.

Ein exponierter Vertreter dieser Strömung ist Oskar Lafontaine, der in seiner Januar-Rede einen pragmatischen Umgang mit der Frage des Mitregierens forderte. Zugleich aber zog Lafontaine eine rote Linie ein, deren Überschreiten die Linke ihre Glaubwürdigkeit kosten werde: keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, keine Umverteilung von unten nach oben.

Haushaltssanierung durch Demonstrieren?

Das können auch viele Kritiker und Gegner (ein Unterschied!) der aktuellen Regierungsbeteiligungen unterschreiben. Allerdings beginnt hier, fast am anderen Ende der Meinungsskala angekommen, auch etwas, das man »Optimismus der Straße« nennen könnte. Das Argument geht so: Man hätte, hieß es auch am Samstag aus dem Publikum, statt in der notorisch klammen Hauptstadt mit gebundenen Händen unsoziale Politik zu machen, die Berliner Bürger vor das Kanzleramt mobilisieren müssen. Dann wäre der ganze Kladderadatsch nicht passiert. Sondern? Wäre der Haushalt etwa durch Demos saniert worden? Egal. Mit solchen Hoffnungen wird auch an der PDS-Basis sympathisiert. Und dann

finden sich noch jene, deren Haltung zur Regierungsfrage eine eher instrumentelle ist und eigentlich ganz andere Ziele verfolgt. Die Kritiker der Postenjäger sind manchmal nämlich selber welche.

Die Debatte, so alt sie ist, wird weitergehen. Es kommt aber immer mal eine Stunde der Wahrheit. *Hans Modrow*, der große alte Mann der PDS, sieht eine solche »Phase der Entscheidung« bald kommen. Im März sind Landtagswahlen in drei Bundesländern, in Sachsen-Anhalt steht die Frage nach dem Platz am Kabinetttisch wenigstens theoretisch im Raum. Im Herbst wird in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gewählt. Es ist nicht mehr viel Zeit. »Wir haben zwei Parteien und eine Fraktion. Was, wenn wir aus zwei Parteien nicht eine machen können? Was wird dann aus der Fraktion?«

Man täte Hans Modrow jedoch unrecht, wenn man seinen Zwischenruf als Appell für eine bloß pragmatische Lösung verstehen würde, in der Regierungsbefürworter nur deshalb die Oberhand über den »Optimismus der Straße« behalten, weil sonst Konsequenzen für eine Bundestagsfraktion drohen. Man werde, sagt Modrow, die Diskussion über das Mitregieren ja auch danach weiter führen müssen. Rosa Luxemburg auf ihrem Porträt schaut nicht mehr ganz so beleidigt. Neue Bedingungen, neue Anläufe, neue Antworten.

Tom Strohschneider, aus: Neues Deutschland v. 6.2.2006, S.3

Index

- Arbeit. 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 18, 26, 29,
30, 32, 33, 35, 36, 37
- Arbeiterklasse 22
- Arbeitsbedingungen..... 8
- Arbeitslosigkeit6, 11, 31
- Beschäftigungspolitik6, 26, 30
- Bewegung 11, 12, 21, 23, 25, 27, 28, 29,
36, 37
- Bildung7, 20, 39
- Demokratie..... 7, 8, 11, 14, 21, 23, 27
- Demokratischer Sozialismus..... 21, 23
- Diskriminierung 18
- Epoche 28
- Feminismus 15, 16
- Fraktion.....37, 42, 44
- Frau..... 18
- Gerechtigkeit..... 16, 27
- Geschichte 13, 16
- Geschlecht..... 17, 19
- Geschlechtergerechtigkeit..... 15, 16, 19, 20
- Gleichberechtigung 16
- Globalisierung.....22, 38, 39
- Grundeinkommen..... 10, 11
- Grundsicherung 10
- Haushalt 44
- Kapitalismus 21, 22, 24, 25, 27, 28, 30, 32,
33, 34, 40, 41
- Kinder 19
- Koalition5, 29, 38, 42
- Linke.. 4, 10, 15, 16, 17, 26, 27, 28, 29, 36,
37, 40, 42, 43
- Linkspartei. 4, 5, 10, 13, 14, 15, 16, 17, 18,
21, 23, 25, 27, 29, 36, 37, 38, 39, 40, 41,
42, 43
- Luxemburg 4, 5, 12, 14, 15, 16, 21, 30, 36,
39, 40, 44
- Migration8
- Neoliberalismus 27, 36, 38, 39
- Ökonomie28, 34
- Opposition37, 39, 40, 41, 42
- Parlament.....40
- Parlamentarismus..... 36, 39
- Partei 5, 13, 17, 21, 23, 25, 42
- PDS ..10, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 21, 25,
36, 37, 39, 40, 42, 43, 44
- Privatisierung..... 26, 42, 43
- Reformismus.....36
- Regierung5, 25, 37, 40, 41, 42
- Regierungsbeteiligung 25, 29, 41
- Revolution28
- Solidarität 6, 11, 16, 27
- Sozialismus 4, 5, 13, 21, 22, 23, 24, 25, 30,
33, 36, 39, 40, 41
- Sozialpolitik..... 8, 9, 10, 38
- Wahlen 16, 41
- WASG 4, 10, 11, 13, 14, 15, 18, 21, 23, 24,
25, 36, 39, 40, 42, 43
- Widerstand..... 25, 37
- Wirtschaft 12, 34, 43
- Wirtschaftspolitik 33, 34